

M **EHR** Grüne Marktwirtschaft **W** **ERT**

**AutorInnenpapier zur Vorbereitung des wirtschaftspolitischen
Kongresses "Grüne Marktwirtschaft"
der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
am 17. und 18. November 2006
in Berlin**

Anmeldungen und Anfragen

zum wirtschaftspolitischen Kongress "Grüne Marktwirtschaft" der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen am 17. und 18. November 2006 in Berlin im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages bitte an:

Per Mail: wirtschaftskongress@gruene-bundestag.de

Per Fax: 030/ 227 56902

**Per Post: Wirtschaftskongress
Bündnis 90/ Die Grünen
Bundestagsfraktion
11011 Berlin**

oder

Online: <http://www.gruene-bundestag.de/cms/termine/dok/148/148154.htm>

AutorInnen:

Fritz Kuhn, Biggi Bender, Matthias Berninger, Thea Dückert, Anja Hajduk, Brigitte Pothmer, Christine Scheel, Gerhard Schick, Margareta Wolf

**Für Rückmeldungen zum Papier bitte folgende E-Mail Adresse nutzen:
matthias.berninger@bundestag.de**

	Inhalt	Seite
25	Executive Summary	4
	Die unsichtbare Hand des Marktes wird grün	7
	Rückschritt: Wirtschaftspolitik unter Schwarz-Rot	10
	Kernelemente der Grünen Marktwirtschaft	14
	1. Wettbewerb fördern	14
	1.1 Grüne Marktwirtschaft will offene Märkte	14
	1.2 Die Rolle Europas stärken	15
	1.3. Grüne Marktwirtschaft kämpft für einen globalen Ordnungsrahmen	16
	1.4. Wettbewerb auf dem Energiemarkt stimulieren	17
	1.5. Das Gesundheitswesen zum Gesundheitsmarkt umbauen	18
	1.6. Wettbewerb bei Handwerk und freien Berufen	20
	1.7. Public Private Partnership aktiv nutzen	20
	1.8. Fairer Wettbewerb durch informierte VerbraucherInnen	21
	1.9. Wettbewerb bei netzgebundenen Infrastrukturen	22
	1.10. Wettbewerb braucht Korruptionsbekämpfung	23
	2. Arbeit reformieren	24
	2.1. Sozialabgaben zielgenau senken	24
	2.2. Arbeitsrecht vereinfachen und fair gestalten	25
	2.3. Mindestlöhne schaffen faire Beschäftigungsbedingungen	26
	2.4. Geregelte Praktika für mehr Planungssicherheit	26
	3. Ressourcen sichern	27
	3.1. Deutschland zum Vorreiter bei der Rohstoff- und Energieeffizienz und bei der Umstellung auf erneuerbare Ressourcen machen	27
	3.2. Kohlesubventionen bis 2012 abschaffen	28
	4. Potenziale aktivieren	29
50	4.1. Grüne Marktwirtschaft braucht Bildung	29
	4.2. Corporate Governance verbessern	30
	4.3. Arbeitslose fördern	30
	4.4. MitarbeiterInnen an Unternehmen beteiligen	31
	4.5. Frauen an die Macht - Schluss mit Monokultur	32
	4.6. UnternehmerInnen stärken	33
	4.7. Grüne Marktwirtschaft braucht Internationalität	35
	4.8. Kultur prägt Grüne Marktwirtschaft	36
	5. Innovation anstoßen	37
	5.1. Fortschritt Ost	37
	5.2. Deutschland soll zum besten Venture Capital Standort der Welt werden	38
	5.3. Nachhaltigkeit bei Öffentlichen Finanzen	39
	5.4. Grüne Industriepolitik	40
	5.5. Bürokratie abbauen	42
	5.6. Unternehmenssteuerreform für die Kleinen	43

Executive Summary

Wir wollen einen Staat, der faire Zugangschancen eröffnet, weitsichtig ökologische Rahmenbedingungen sichert und Anspruch auf die internationale Gestaltung der Globalisierung erhebt. Mehr Wettbewerb kann dabei, klug angewendet, gerechtere Chancen für alle und eine effizientere Ressourcennutzung bewirken. Wir wollen einen globalen Ordnungsrahmen für die Wirtschaft errichten und so Voraussetzungen für eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Globalisierung schaffen. Dazu müssen Verbraucher, Unternehmen und der Staat ihrer Verantwortung gerecht werden. Gemeinsam können sie ein qualifiziertes Wachstum, also mehr Wert schaffen. Grüne Marktwirtschaft setzt auf Öffnung – nicht auf Abschottung. Nicht Protektionismus ist unser Ziel, sondern faire Chancen für alle.

75

Grüne Marktwirtschaft will den Wettbewerb fördern. Grundlage dafür ist eine offene Märkte fördernde Politik. Neben der Marktöffnung kommt es im globalen Ordnungsrahmen entscheidend darauf an, funktionierende Märkte anstelle von Monopolen und Oligopolen zu schaffen. Deshalb ist eine multilaterale Instanz zur Durchsetzung einer Wettbewerbspolitik notwendig. Wir lehnen eine auf nationale Champions ausgerichtete, Besitzstände von Zünften und Kartellen absichernde und abschottende Politik ab.

Grüne Marktwirtschaft will Arbeitsplätze schaffen. Mit grünen Ideen entstehen zukunftsfähige Arbeitsplätze. Lange ist die beschäftigungspolitische Bedeutung von ökologischer Wirtschaftspolitik klein geredet worden. Mittlerweile arbeiten mehr Menschen im Umweltbereich als in der Automobilindustrie. Energie-, Material- und Ressourcenproduktivität bieten gute Beschäftigungschancen für viele. Darüber hinaus haben uns andere europäische Länder vorgemacht, dass neue Arbeitsplätze vor allem im Gesundheitsmarkt und anderen Dienstleistungsbereichen entstehen können. Dieses Potenzial ist in Deutschland bei weitem noch nicht ausgeschöpft.

Grüne Marktwirtschaft will Ressourcen schonen. Die globale Klimakatastrophe auf den Kontinenten und in den Meeren wird immer schmerzhafter spürbar. Die daraus entstehenden Krisen werden die Grundlagen des Wirtschaftens radikal verändern. Schon heute sorgen steigende Kosten auf den Rohstoff- und Energiemärkten dafür, dass die unsichtbare Hand des Marktes grün wird. Wir wollen die Ökologisierung der Marktwirtschaft und Innovationen, die in diese Richtung gehen, fördern. Ressourcenleichtes Wirtschaften ist unser Leitbild. Durch die Stärkung von Forschung und Technologietransfer wollen wir Güter und Dienstleistungen mit immer weniger Material und Ressourcen herstellen und Deutschland zu einem Leitmarkt für Ressourceneffizienz machen. Je weniger Ressourceninput, desto weniger Emissionen und Belastungen beim Rohstoffabbau gibt es und desto wettbewerbsfähiger wird die Wirtschaft.

100

Grüne Marktwirtschaft setzt auf Toleranz, Technologien und Talente. Zukunftsweisende Wirtschaftspolitik bedeutet, Raum für die Entdeckung neuer Ideen zu schaffen. Hier liegt auch der Schlüssel zu mehr Wachstum. Neues Wissen, das Kreativität erzeugt, ist der Nährboden der Produktivität

der Zukunft. Mehr Investitionen in Bildung und Forschung und die Steigerung der Qualität der Bildungseinrichtungen sind die Voraussetzung für Kreativität in der Wissensgesellschaft. Der begrenzende Faktor der Wissensgesellschaft sind die kreativen Köpfe und die Bereitschaft von Staat, Unternehmen und Individuen in Bildung und Wissenschaft zu investieren. Wir wollen Deutschland wieder zu einem attraktiven Standort für die kreativsten Köpfe der Welt machen. Deshalb muss die Politik die notwendigen Investitionen in Bildung und Wissenschaft auf den Weg bringen.

Grüne Marktwirtschaft braucht soziale Sicherheit. Eine wachsende Zahl von Menschen ist von Armut und Ausgrenzung betroffen. Dazu gehören zunehmend auch Menschen mit geringem Einkommen aus Beschäftigung oder Kleinselbstständigkeit. Sie alle müssen durch eine bedarfsorientierte Grundsicherung, verbesserte Zugänge zum Arbeitsmarkt, großzügige Hinzuverdienstregelungen und regional- und branchenspezifisch differenzierte Mindestlöhne besser abgesichert werden. Das steht für uns im Zentrum der Erneuerung des Sozialen. Die Systeme der sozialen Sicherungen müssen an die zunehmend unsteten Erwerbsverläufe angepasst werden.

Grüne Marktwirtschaft braucht mehr UnternehmerInnen. Die Wirtschaftspolitik ist an den großen Unternehmen, nicht aber an den Bedürfnissen der Kleinen und Mittleren Unternehmen ausgerichtet. Wir brauchen mehr Menschen, die bereit sind, den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern und für andere Arbeitsplätze zu schaffen. Steuerpolitik, Arbeitsrecht, Gesellschaftsrecht, Zugang zu Kapital und soziale Absicherung wollen wir an diesem Ziel ausrichten.

125

Grüne Marktwirtschaft braucht mehr Frauen. Für die westlichen Industrieländer war die Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt der entscheidende Wachstumsmotor. Deutschland verschenkt mit seiner anachronistischen Politik wesentliche Innovations- und Wachstumspotenziale. Hinsichtlich des Anteils von Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft sind wir weltweites Schlusslicht. Das Gerechtigkeitsproblem der Ungleichbehandlung von Männern und Frauen ist angesichts der demografischen Entwicklung und Internationalisierung längst auch zum Innovationsproblem geworden. Das erste Wirtschaftswunder war ohne die Mitarbeit von Frauen nicht denkbar, ohne eine Stärkung der Frauen in führenden Positionen von Wissenschaft und Wirtschaft wird es ein zweites nicht geben.

Grüne Marktwirtschaft braucht Internationalisierung. Deutschland ist bezogen auf gut qualifizierte Menschen längst ein Auswanderungsland. Wir brauchen eine gezielte Einwanderung gerade der Hochqualifizierten, um eine weltoffene und innovative Ökonomie auf Dauer zu halten. Die von Einwanderern gegründeten Unternehmen tragen heute erheblich zu Ausbildung und Wachstum bei. Sie müssen stärker in den Blick der Politik genommen werden. Statt ausländisches Kapital in pauschalier-ten Heuschreckendebatten schlecht zu reden, müssen wir mehr ausländische Direktinvestitionen nach Deutschland holen, indem Verkrustungen und Abschottungen unserer Wirtschaft konsequent aufgebrochen werden.

Grüne Marktwirtschaft braucht den Umbau der Sozialversicherung. Ein zu großer Teil der Sozialversicherungskosten wird den rund 26,5 Millionen abhängig beschäftigten BeitragszahlerInnen zuge-

mutet. Die steigenden Kosten der demografischen Entwicklung einerseits und die steigenden Einkommen aus Vermögen, Vermietung und Verpachtung andererseits machen es erforderlich, die Beitragsbelastung auf den Schultern aller BürgerInnen zu verteilen. Dies wird nur durch eine stärkere Steuerfinanzierung möglich sein, die wir gezielt zur Entlastung der kleinen Einkommen verwenden, weil bei den Geringqualifizierten die Arbeitslosigkeit besonders hoch ist und die Arbeitskosten besonders ins Gewicht fallen.

Grüne Marktwirtschaft braucht solide öffentliche Finanzen. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und die Ausrichtung der staatlichen Einnahmen- und Ausgabenpolitik an Kriterien der Tragfähigkeit und Generationengerechtigkeit sind elementar. Eine auf Innovation und Nachhaltigkeit ausgelegte Volkswirtschaft braucht verlässliche und solide finanzielle Rahmenbedingungen. Die bestehenden gesetzlichen Regelungen haben die Überschuldung des Staates und die Bedrohung der sozialen Sicherungssysteme nicht verhindern können. Mit Schwerpunkt auf den Zielen „Nachhaltigkeit“, „Zukunftsfähigkeit“, „Förderung der wirtschaftlichen Dynamik“ und „Generationengerechtigkeit“ müssen vorhandene gesetzliche Rahmenbedingungen reformiert werden.

Folgende Kernforderungen können zur Umsetzung der Grünen Marktwirtschaft beitragen:

- **Mehr Entkopplung sozialer Sicherung von den Arbeitskosten**
- **Mehr Planungssicherheit und Vereinfachung im Arbeitsrecht**
- **Mehr Markt durch Abbau von Subventionen**
- **Mehr Unabhängigkeit von Rohstoff- und Energieimporten**
- **Mehr Sicherheit für unstete Erwerbsverläufe**
- **Mehr Frauen in Führungspositionen**
- **Mehr selbstbestimmtes, verantwortliches Unternehmertum**
- **Mehr Einwanderung von Qualifizierten**
- **Mehr Entflechtung der Monopole**
- **Mehr Wettbewerb bei Dienstleistungen, Gesundheit, Energie und Logistik**
- **Mehr Freiheit durch Abbau von Standeskartellen und Zünften**
- **Mehr ausländische Direktinvestitionen, insbesondere durch Venture Capital**
- **Mehr Nachhaltigkeit beim Umgang mit Öffentlichen Finanzen**
- **Mehr Bewegungsfreiheit durch weniger Bürokratie**
- **Mehr gezielte Förderung in den Neuen Bundesländern**
- **Mehr Wissen und Kreativität in Bildung und Forschung**
- **Mehr ressourcenleichtes Wirtschaften**

Mehr Wert

Grüne Marktwirtschaft

Die unsichtbare Hand des Marktes wird grün

Grüne Wirtschaftspolitik will funktionierende Märkte mit hoher Wettbewerbsintensität und geringen Informationsasymmetrien zwischen VerbraucherInnen und Unternehmen. Dem Staat kommt die Verantwortung zu, die Rahmenbedingungen dieser Märkte durch klare Regelsetzungen zu definieren. Funktionierende Märkte sind ein gutes Mittel, um unsere ökologischen und sozialen Ziele zu erreichen

175 Auf der Basis eines anspruchsvollen Ordnungsrahmens gewährt der Markt Freiheit, damit sich die effizientesten Produkte und Verfahren zur Befriedigung ökonomischer, ökologischer und sozialer Bedürfnisse durchsetzen können. Im Markt konkurriert eine große Zahl von Unternehmen um die Entwicklung der besten Lösung. Der funktionierende Markt ist daher das effizienteste Suchverfahren für Innovationen. Planwirtschaften und Monopole zeichnen sich eher dadurch aus, dass sie Energie und Ressourcen vergeuden. In funktionierenden Märkten geht der Verschwender unter. Angesichts des Ressourcen fressenden und Armut erzeugenden Wachstums in vielen Teilen der Welt muss das Bekenntnis zu Markt und Wettbewerb aber mit einem Ordnungsrahmen versehen werden, der VerbraucherInnen, Ökologie und soziale Gerechtigkeit über die Interessen einzelner Unternehmen stellt. Ein Markt, der zu Lasten der Schwachen geht, die Umwelt unwiederbringlich zerstört, an den Bedürfnissen der VerbraucherInnen vorbei wirtschaftet oder demokratische Beteiligung unterbindet, ist kein funktionierender Markt im Sinne der Grünen Marktwirtschaft. Industrieländervergleiche der letzten 30 Jahre haben gezeigt, dass die wettbewerbsfähigsten Staaten auch diejenigen mit der besten Umweltpolitik sind.

Der Staat definiert über einen demokratischen Prozess den Ordnungsrahmen und die Bereitstellung öffentlicher Güter. Heute wird der ordnungspolitische Rahmen bereits stark durch den europäischen Binnenmarkt mitbestimmt. Staatliches Handeln soll durch konsequente Wettbewerbspolitik dafür sorgen, dass einmal erlangte Vorsprünge am Markt nicht zu dauerhaften Monopolstellungen führen. Märkte so zu organisieren, dass sie faire Tauschprozesse ermöglichen und geringe nachträglich regulierende Eingriffe benötigen, ist eine Kernaufgabe der Wirtschaftspolitik. Eine andere Aufgabe besteht darin, unter sich ständig verändernden Rahmenbedingungen öffentliche Güter, die BürgerInnen und Unternehmen brauchen, in der notwendigen Qualität bereitzustellen oder die Bereitstellung zu gewährleisten.

200 Bis heute ist es angesichts der Zunahme globaler Umweltprobleme nur in Ansätzen gelungen, staatliches und unternehmerisches Handeln an den Notwendigkeiten der ökologischen Modernisierung auszurichten. Der von Schumpeter eingeführte Begriff der „Schöpferischen Zerstörung“, mit dem er die Beseitigung alter und die Schaffung effizienterer Verfahren und Produkte durch den innovativen Un-

ternehmer meinte, steht in Zukunft für die ökologische Neuorientierung der Wirtschaft in Zeiten fortschreitendem Klimawandels und sich verknappender Rohstoffe. Wir wollen schöpferische Zerstörung - nicht Zerstörung der Schöpfung. Schöpferische Zerstörung überwindet ineffiziente und umweltschädliche Strukturen wie die zentralistische, auf Großkraftwerken beruhende Energieproduktion und ebnet den Weg zur Bewahrung der Schöpfung. Dieser Prozess gelingt nur durch die Kreativität eines dynamischen verantwortlichen Unternehmertums. Wir sind davon überzeugt, dass wir mehr selbstbestimmte UnternehmerInnen brauchen. Die staatliche Förderung der Unternehmensfinanzierung muss sich diesem Markt intensiver widmen. Grüne Marktwirtschaft baut auf verantwortliche Marktakteure. Dazu gehören Unternehmen, die sich ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung bewusst sind, und VerbraucherInnen, die qualitativ hochwertige Güter unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien nachfragen. Gemeinsam entsteht so die Grundlage für die Schaffung von Werten. Der Staat flankiert durch klare Regelsetzungen, die neben den Preissignalen des Marktes ökologische Leitplanken bilden.

225

Unter den Bedingungen von Globalisierung, Demographie und Staatsverschuldung muss der soziale Rahmen der Marktwirtschaft erneuert und neu bestimmt werden. Grüne Marktwirtschaft führt zusammen, statt auszugrenzen. Jahrzehntlang konnte sich die politische Debatte in Deutschland darauf konzentrieren, wie der erarbeitete Wohlstand gerechter verteilt werden soll. Heute wissen wir, dass soziale Gerechtigkeit mehr verlangt als die Umverteilung von Geld. Grüne Marktwirtschaft braucht einen ermutigenden und aktivierenden Staat, der die Voraussetzungen für die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben schafft. Die Schlüsselfrage ist die der Zugangsgerechtigkeit: Nur durch den gerechten Zugang zu Bildung von Beginn an wird Ungleichheit reduziert und nicht reproduziert. Grüne Marktwirtschaft nährt nicht die Illusion staatlicher Rundumversorgung und individueller Zukunftsvergessenheit, sondern unterstützt die Einzelnen darin, Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen. Teilhabe ist zuerst eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Aber sie ist auch eine Frage der Zukunftsfähigkeit unseres Landes: Angesichts der schrumpfenden Bevölkerung und des absehbaren Fachkräftemangels können wir es uns nicht mehr leisten, Einzelnen keine Chance zu geben, weil sie aus schwierigen Verhältnissen kommen, Frauen sind, keine Betreuung für ihre Kinder haben oder weil sie schlicht zu alt sein sollen. In einiger Hinsicht sollten wir von den skandinavischen Ländern lernen, die ein hohes Niveau sozialer Sicherung bieten, deren Wirtschaft boomt und die ihre Wettbewerbsfähigkeit insbesondere durch drei Faktoren gestärkt haben: eine konsequente Haushaltskonsolidierung, die Schwerpunktsetzung auf die Themen Bildung und Forschung mit der entsprechenden Finanzmittelausstattung sowie die arbeitsmarktpolitische Strategie der Aktivierung und der beschäftigungs- und gleichstellungsfreundlichen Ausgestaltung des Steuer- und Abgabensystems, die zu einer hohen Beschäftigungsquote in diesen Ländern führte. Das alles hat das Sicherheitsgefühl der Menschen und ihr Vertrauen in den Wirtschaftsprozess gefördert.

Grüne Marktwirtschaft braucht selbstbewusste BürgerInnen und den zu Eingriffen bereiten selbstbewussten Staat, der Zugangsgerechtigkeit schafft, Wettbewerb durchsetzt und zugleich Unternehmen Grenzen aufzeigt. Diese Prinzipien müssen im Rahmen des Europäischen Binnenmarkts gelten und auf globaler Ebene Kennzeichen des Ordnungsrahmens sein. Der Rückzug des Staates und eine

Machtverschiebung zugunsten großer international operierender Konzerne bei gleichzeitigem Abbau sozialer und ökologischer Standards darf nicht die Maxime des wirtschaftspolitischen Handelns bleiben. Der klassische auf Strukturertalt und Abschottung bedachte Umverteilungsstaat hat angesichts der weltweit stattfindenden Umbrüche seine besten Tage hinter sich.

Rückschritt: Wirtschaftspolitik unter Schwarz-Rot

Die große Koalition hat mehr Glück als Verstand: auf der Grundlage der von der rot-grünen Bundesregierung durchgeführten Strukturreformen, der erfolgreichen Restrukturierung vieler Unternehmen in Deutschland und jahrelanger moderater Lohnabschlüsse erlebt Deutschland derzeit einen Aufschwung, der die Erwartungen deutlich übertrifft. Durch die anhaltenden Exporterfolge auf der Basis gesteigerter Wettbewerbsfähigkeit beginnt die Wirtschaft, in Anlagen zu investieren und die Nachfrage nach Bauleistungen steigt. Dieser Aufschwung muss weiter gefestigt werden und darf nicht durch wirtschaftspolitische Fehler gefährdet werden.

Die große Koalition hat weder ein wirtschaftspolitisches Leitbild noch eine klare Richtung. Die ersten zarten Pflänzchen einer sich erholenden Binnenkonjunktur dürfen nicht darüber hinweg täuschen: Deutschland ist eine Volkswirtschaft des doppelten Bruchs. Zum einen steht einer boomenden Exportwirtschaft mit hoher Wettbewerbsfähigkeit eine lahrende Binnenkonjunktur gegenüber. Zum anderen prägen im zweiten Jahrzehnt der Wiedervereinigung bei grober Betrachtung der wachstumsstarke Westen des Landes und ein hinterher hinkender östlicher Landesteil das Bild. In den vergangenen 30 Jahren ist die deutsche Wirtschaft von Jahrzehnt zu Jahrzehnt langsamer gewachsen. Seit der Wiedervereinigung halbierte sich die Wachstumsrate der deutschen Wirtschaft und lag in den letzten zehn Jahren nur noch bei durchschnittlich 1,3 Prozent. Zwar ist diese Entwicklung für Industriestaaten nach Erreichung eines bestimmten Wohlstandsniveaus durchaus normal, aber in Deutschland wird die wirtschaftliche Entwicklung zusätzlich gebremst durch die demographische Entwicklung und ausbleibende Reformen. Außerdem ist unsere Abhängigkeit von Rohstoff- und Energieimporten ein wachsendes Problem. Die besonders hohe Arbeitslosigkeit bei den geringer Qualifizierten nimmt nicht ab, und im Bezug auf höher Qualifizierte sind wir ein Auswanderungsland. Deutschland hinkt bei der Beteiligung von Frauen im Wirtschaftsleben allen Wettbewerbern dramatisch hinterher. Die ausländischen Direktinvestitionen sind niedriger als anderswo in Europa. Der langsamen Einführung von Räten zum Bürokratieabbau stehen immer neue unsinnige bürokratische Regelungen gegenüber, zuletzt - und das ist leider kein Scherz - eine über hundertseitige Verwaltungsvorschrift, zur Handhabe auf welche Teile eines Esels der ermäßigte Mehrwertsteuersatz Anwendung findet. Das Fehlen eines Kompasses bei der Bewältigung dieser Probleme hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die Bundesregierung in nur einem Jahr das Vertrauen der Menschen in die Fähigkeit, unser Land zu modernisieren verspielt hat und so schlecht da steht, wie keine Regierung vor ihr. Das postulierte Ziel, in den nächsten zehn Jahren wieder zur Spitzengruppe der drei besten Länder zu gehören, wird diese Koalition verfehlen. Sie organisiert den Abstieg.

- Eine Unternehmenssteuerreform ist in Deutschland dringend notwendig. Sie muss mit einer aufkommensneutralen Senkung der Unternehmenssteuersätze einhergehen. Die große Koalition will zwar die Unternehmen entlasten, macht jedoch keine seriösen Vorschläge zur Gegenfinanzierung. Im Gegenteil: Anstatt die Bemessungsgrundlage zu verbreitern, bleibt die Finan-

zierung von Arbeitsplatzverlagerungen ins Ausland erhalten. Wir fordern stattdessen, die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen steuerlich zu unterstützen.

300

- Dass im Juli 2006 die höchsten Benzinpreise aller Zeiten an den Tankstellen verlangt wurden, markiert die Spitze eines Eisberges der Bedrohung unserer Wirtschaft durch immer teurere Rohstoffe. Auch wenn die Märkte derzeit etwas entspannt sind, geht der Trend in Richtung immer höherer Rohstoffpreise. Für das Beheizen der Wohnungen mit Öl und Gas mussten die Bundesbürger fast ein Viertel mehr aufbringen als im Vorjahr. Die Rohstoffpreise lagen im Vergleich zum Vorjahr um über 5 Prozent höher und stellen ein erhebliches Inflationsrisiko dar. Doch statt mit Hilfe des Abbaus ökologischer Subventionen, wie bei der Nichtbesteuerung des Flugbenzins, der Kohlesubventionen u.a. Zeichen zu setzen, beginnt die große Koalition ausgerechnet mit der Besteuerung von Biokraftstoffen und stört damit einen sich gerade positiv entwickelnden Wirtschaftszweig, der einen wesentlichen Beitrag zur Unabhängigkeit von Erdöl schaffen könnte.
- Ein Versprechen der großen Koalition war es, die Lohnnebenkosten unter 40 Prozent zu senken. Das Gegenteil passiert. Der angekündigten Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung stehen Beitragssteigerungen bei Rente, Gesundheit und Pflegeversicherung gegenüber. Ankündigungen einer stärkeren Steuerfinanzierung der Gesundheit werden durch den Entzug von Steuermitteln zur Haushaltskonsolidierung zur Farce. Es fehlt der sich in Reformen der einzelnen Teilsysteme sozialer Sicherung verhedderten Regierung eine Konzeption, die das Ziel der Steuerfinanzierung mit der Idee verbindet, besonders bei den Geringverdienern für Entlastung zu sorgen, um wirkliche Impulse zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zu erzeugen.
- Die steigenden Abgabenbelastungen und der Inflationsdruck der Rohstoff- und Energiepreiserhöhungen werden noch durch die von der großen Koalition verabschiedete Mehrwertsteuererhöhung verschärft. Der Kaufkraftentzug von über 100 Milliarden € allein in den nächsten vier Jahren wird erheblich zur Schwächung der Binnennachfrage beitragen. An die Stelle der geplanten Absenkung von Sozialversicherungsbeiträgen tritt nun ein kumulierender Effekt: Abgaben und Mehrwertsteuer steigen. Ein wesentlicher Grund hierfür ist die Verwendung des überwiegenden Teils der Mehreinnahmen zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes und der Etats der Länder. Noch unverständlicher wird diese Mittelverwendung angesichts der Rekordinnahmen bei den Steuern und der extrem hohen Neuverschuldung im Jahr 2006. Ein Fehler, den die VerbraucherInnen zu bezahlen haben und der dem Staat langfristig sogar noch geringere Einnahmen beschert.
- Der großen Koalition fehlen zündende Ideen zur Belebung der Wirtschaft in den Neuen Bundesländern. Die Mittel des Solidarpaktes werden in weit überwiegenden Teilen zweckentfremdet, das heißt für Dinge ausgegeben, die der Gesetzgeber nicht vorgesehen hat. Dieser offene Rechtsbruch wird von einem Kartell des Schweigens nicht nur klaglos hingenommen, son-

325

dem auch befördert. Er macht die Neuen Bundesländer aber dauerhaft von den Transfers des Bundes und der westdeutschen Länder abhängig und erschwert die Entstehung einer sich selbst tragenden wirtschaftlichen Infrastruktur. Zu diesem Kardinalfehler gesellt sich die Verlängerung der Investitionszulage, einer Förderung unternehmerischer Investitionen mit der Gießkanne. Hier werden große Summen verschwendet, statt Schwerpunkte bei der Förderung in den Bereichen zu setzen, die Zukunft haben und eine neue Generation selbst verantwortlicher Unternehmer fördern. Die Investitionszulage fördert keineswegs das Entstehen so genannter Zukunftscluster, vielmehr steht sie diesen im Wege.

- Während in den letzten Jahren ein erheblicher Investitionsabfluss aus deutschen Unternehmen und Anlegervermögen zu beobachten ist, liegt Deutschland bei den ausländischen Direktinvestitionen weit hinter anderen Ländern, sogar hinter Frankreich. Durch die in ihrer Ausrichtung verlogene „Heuschreckendebatte“ verschärft sich dieses Problem noch. Einerseits scheren die Sozialdemokraten alle Fondsgesellschaften in pauschal negativer Weise über einen Kamm, andererseits machen sie bei Privatisierungen von Bundesbesitz beste Geschäfte mit ihnen. Die Steuer mindernde Anrechnung von Schuldzinsen hat in Deutschland dazu geführt, dass sich diese Fondsgesellschaften vor allem dort tummeln, wo aus Unternehmen im großen Stil Eigenkapital entnommen und durch Fremdkapital ersetzt werden kann. In Zeiten steigender Zinsen kann das Unternehmen in erhebliche Schwierigkeiten bringen. Die populistische Heuschreckendebatte verstellt auch den Blick auf die fundamentalen Risiken, die milliardenschwere Hedgefonds für Unternehmen und ganze Wirtschaftszweige darstellen. Eine sinnvolle Regulierung dieses Marktes ist in diesem Umfeld nur schwer möglich. Es fehlen darüber hinaus zündende Ideen für Private Equity und Wagniskapital, um die Liquidität Kleinerer und Mittlerer Unternehmen durch Kapitalzufluss aus dem Ausland zu verbessern.
- Die Arbeitswelt verändert sich rasant. Das wirkt sich radikal auf die Erwerbsbiographien aus. Der Wechsel von abhängiger Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Selbstständigkeit, Zeitarbeit etc. prägt immer mehr Erwerbsverläufe. Heute sind schon ein Drittel der Arbeitsplätze davon betroffen. Diese Unstetigkeit wird von den sozialen Sicherungssystemen nicht erfasst, sie orientieren sich nach wie vor am Normalarbeitsverhältnis. Dadurch weist das soziale Netz mehr und mehr Lücken auf. Konzepte der großen Koalition für eine Anpassung der Systeme an diese Veränderungen sind Fehlansätze. Die Weiterentwicklung des Arbeitslosengeldes II in eine Grundsicherung wird ebenso wenig in Angriff genommen wie die Anpassung sozialer Sicherungssysteme an unstete Erwerbsbiographien. Der Arbeitsmarkt ist zu undurchlässig. Während kein Anstoß genommen wird an der subventionsgetriebenen Schaffung von Arbeitsplätzen, wie zum Beispiel der Standortentscheidung von BMW für Leipzig, versuchen Teile der großen Koalition staatliche Hilfen für Gründungen aus der Arbeitslosigkeit zu stigmatisieren, statt diese neue Unternehmerschicht zu fördern.
- Während von den abhängig Beschäftigten mit Hinweis auf den globalisierungsbedingt gestiegenen Wettbewerbsdruck mehr Flexibilität, höhere Abgabenbelastungen und mehr Eigenvor-

sorge sowie Einschnitte bei der Rente abverlangt werden, schützt die Regierung die Standesinteressen vieler Selbstständiger als gebe es weder den europäischen Binnenmarkt noch die Globalisierung. Feste Honorarordnungen, Meisterzwang und andere krude Vorgaben zu Berufsausübung und Besitzrechten nutzen denen, die im System Besitzstände aufgebaut haben und machen anderen den Marktzugang schwer. Mit der rot-grünen Novelle des Handwerksrechts konnte zwar ein erster Zopf abgeschnitten werden, doch fehlt der Bundesregierung trotz der Aufforderung des Bundesverfassungsgerichts und der Gegebenheiten des EU-Binnenmarktes jeder Antrieb, in diesem Sinne marktwirtschaftliche Reformen fortzusetzen.

- Statt den Atomausstieg konstruktiv umzusetzen und sich auf den Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Reduzierung der Rohstoffabhängigkeit und den Export dieser dezentralen Zukunftstechnologien zu konzentrieren, schlägt die Union die Schlachten von gestern. Dabei ist weder die Sicherheit von Atomkraftwerken gegeben, noch die Endlagerproblematik gelöst oder die Verfügbarkeit von Uran dauerhaft gewährleistet. Diese Unsicherheiten verursachen sowohl externe Kosten als auch Kosten für die kommenden Generationen, die sämtlich nicht oder nur zum Teil in den Preisen der Betreiber von Atomkraftwerken enthalten sind. Angesichts der von der Rückversicherung in roten Zahlen abgebildeten Kosten des Klimawandels muss Wirtschaftspolitik sich der antiökologischen Ideologie führender Verbandsvertreter entgegen stellen, um die Risiken für Deutschland zu begrenzen und mit Produkten zur Verbesserung des Klimaschutzes einen Vorsprung auf den Zukunftsmärkten zu erkämpfen. Mit der Forderung nach Laufzeitverlängerung der AKWs gefährdet die Union den arbeitsplatzintensiven Ausbau der Erneuerbaren Energien, die spielend den Atomausstieg unter Wahrung der Klimaschutzziele gewährleisten können.
- Die FDP konzentriert sich in ihren Forderungen nach Einschnitten voll auf die Arbeitnehmerseite. Ob die faktische Abschaffung des Kündigungsschutzes, die Fundamentalopposition selbst gegen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gemeinsam geforderte branchenspezifische Mindestlöhne oder die mit hohen Aufwendungen verbundene private Vorsorge oder andere Überlegungen an den Tag gelegt werden, immer wird ignoriert, dass diese Politik bei den VerbraucherInnen zu Verunsicherung und Kaufzurückhaltung führt, was der Binnenkonjunktur erheblichen Schaden zufügt. Hinzu kommt die Einseitigkeit: Von den einen wird laut gefordert, sie sollten sich dem rauen Klima der Globalisierung stellen. Für Ärzte, Apotheker, Architekten, Handwerksmeister, Rechtsanwälte und viele andere Selbstständige verteidigt die FDP dagegen die schützenden Standesprivilegien. Markt hat dort seine Grenzen, wo er die Verdienstmöglichkeiten der die FDP tragenden Klientel beschneidet.

Kernelemente der Grünen Marktwirtschaft

Wir brauchen eine wirtschaftspolitische Offensive. Das Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit war bei Lichte betrachtet kein Wunder, sondern Ergebnis harter Arbeit flankiert von wirtschaftspolitischen Entscheidungen, die den besonderen Umständen der Nachkriegszeit Rechnung trugen. Wir glauben, dass die Zeit reif ist für ein „Grünes Wirtschaftswunder“. Dabei sehen wir uns bestätigt in den ersten Erfolgen unserer Regierungszeit, etwa der Entstehung tausender Arbeitsplätze auf dem Markt der Erneuerbaren Energien, dem zarten Beginn von Wettbewerb auf dem Energiemarkt oder Neugründungen infolge der Öffnung des Handwerksrechts.

Damit ein „Grünes Wirtschaftswunder“ möglich wird, brauchen wir Reformen in der ganzen Breite der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Deshalb legen wir ein Maßnahmenpaket vor.

1. Wettbewerb fördern

1.1 Grüne Marktwirtschaft will offene Märkte

425

Grüne Marktwirtschaft tritt für faire Zugangschancen zum Welthandel ein, denn die ärmsten Staaten sind diejenigen, die am wenigsten in die Weltwirtschaft integriert sind. Durch neue Wettbewerber beschleunigt sich der Strukturwandel in den Industriestaaten. Wir wollen interne Strukturreformen durchführen und Verlierern des Strukturwandels bei uns Angebote machen. In der Weltwirtschaft wollen wir eine offene und solidarische Rolle spielen. Wir halten nichts davon, von neuen Wirtschaftskriegen zu sprechen und Länder wie China und Indien, in denen nach wie vor Millionen der Ärmsten leben, als Angreiferstaaten zu titulieren und so eine neue Politik der Abschottung vorzubereiten. Die Forderung nach einer neuen „Handels-Nato“, der sich die Bundeskanzlerin angeschlossen hat, macht wirtschaftspolitisch keinen Sinn. Bündnis 90/Die Grünen treten für regelgebundene, multilaterale Lösungen ein.

Deutschland gehört zu den Ländern, die am meisten vom Welthandel profitieren. Der Außenhandelsüberschuss ist seit Mitte der 90er Jahre kontinuierlich angestiegen und erreichte 2005 einen Rekordwert von 160 Milliarden €. Durch den Einkauf günstiger Vorleistungen aus Osteuropa, aber auch aus China und Indien konnte die deutsche Wirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern, so dass die von Deutschland exportierte Wertschöpfung gestiegen ist. Allerdings wurde dieser Erfolg durch Arbeitsplatzabbau und die Senkung der Lohnstückkosten auch teuer erkauft.

Der deutsche Handel mit China hat große Wachstumsraten, auch der Anteil Indiens an den deutschen Importen und Exporten wächst. Allerdings sind die China-Importe in den letzten Jahren deutlich schneller gewachsen als die Exporte, so dass das Handelsbilanzdefizit mit China im Jahr 2005 18,5 Milliarden € betrug. Deutschlands Wettbewerbsvorteil liegt in hervorragend ausgebildeten Ingenieuren

und einer exzellenten technischen Infrastruktur. Die Preise für qualifiziertes Personal steigen auch in China und Indien. Die Zahl der HochschulabsolventInnen in den Ingenieurwissenschaften in beiden Ländern ist qualitativ und quantitativ besser geworden. Viele sehen in dieser Entwicklung eine viel größere Bedrohung unserer Wettbewerbsfähigkeit als in der schieren Niedriglohnkonkurrenz. Der dynamische Wettbewerb sollte nicht zum Anlass genommen werden, Debatten über einen neuen Protektionismus zu führen. Vielmehr fordert er dazu heraus, durch mehr Investitionen in Forschung und Bildung die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und eine solidarische Politik gegenüber denjenigen bei uns umzusetzen, die vom Strukturwandel betroffen sind. Die Einführung des Progressivmodells würde helfen, Jobs in arbeitsintensiven Bereichen zu schaffen und zu halten. Die Geschichte zeigt, dass Abschottung nicht zu mehr Wohlstand, sondern zur Verarmung führt.

Wir wollen die WTO-Doha-Runde zum Erfolg führen. Die USA sollten endlich Angebote zum Abbau von Agrarsubventionen machen. Auch die EU sollte ihre Angebote in diesem Bereich noch einmal nachbessern und die Subventionen weiter abbauen. Sollten die Verhandlungen scheitern, ist der Weg in bilaterale Freihandelsabkommen vorgezeichnet. Die Verhandlungsposition vieler Entwicklungsländer würde sich dadurch massiv verschlechtern.

1.2. Die Rolle Europas stärken

Grüne Politik denkt europäisch. Europa ist heute der relevante wirtschaftspolitische Raum. Nur durch eine besser unter den Mitgliedsstaaten abgestimmte Wirtschaftspolitik und eine Stärkung der EU-Institutionen in der Wirtschaftspolitik kann Europa erfolgreich sein – ökonomisch, ökologisch und sozial. Protektionismus ist die Antwort von vorgestern, die nur kurzfristig Vorteile verschafft. Am Beispiel der Wettbewerbsblockade im Ersatzteilhandel der Automobilindustrie kann exemplarisch gezeigt werden, wie wichtig die Unterstützung einer wettbewerbsfreundlichen EU-Politik ist. Ohne europäische Vorgaben könnte die Automobilindustrie sich Wettbewerber dauerhaft vom Hals halten, während die VerbraucherInnen die bis zu vierfach überhöhten Preise für Ersatzteile direkt oder über Versicherungsprämien entrichten müssten. Auch die EU-Rechtsprechung zu Niederlassungsfreiheit oder anhängige Verfahren zur Abschaffung der Privilegien deutscher ApothekerInnen reihen sich hier ein.

Der EU-Binnenmarkt hat zu einer starken und vorteilhaften Verknüpfung der europäischen Volkswirtschaften geführt. Die Politik muss mit den wirtschaftlichen Verflechtungen Schritt halten. Darum muss die Koordination der Wirtschafts- und Fiskalpolitiken der EU-Staaten deutlich verbessert werden. Zunächst sollte der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt von einer aktuell ökonomisch wenig überzeugenden Vereinbarung zur Kontrolle der Haushaltspolitik zu einem Pakt für Stabilität und Wachstum weiterentwickelt werden, der diesen Namen auch wirklich verdient. Bisher hat er die Regierungen und Parlamente in den Aufschwungsphasen nicht genug zu disziplinierter Haushaltspolitik gezwungen, in der Abschwungphase befördert er dagegen eine prozyklische Konsolidierung. Die bisherige Entwicklung hat gezeigt, dass die Kontrolle des Pakts durch den Europäischen Rat unzureichend ist. Ziel muss es darum sein, die Rolle der Kommission bei der Überwachung des Pakts zu stärken.

Die EU tritt international, mit Ausnahme der Handelspolitik, noch immer nicht gemeinsam auf. Deswegen verspielt sie zahlreiche Vorteile, die der Binnenmarkt mit sich bringen könnte. Dabei ist klar: Nur ein starkes Europa, das mit einer Stimme spricht, wird in der Auseinandersetzung mit den USA und China mithalten können. So müssen die EU-Staaten mit einer Stimme sprechen, wenn es um internationale Vereinbarungen zum Schutz geistigen Eigentums und die Unterbindung von Technologiediebstahl geht. Einheitlich und in Zusammenarbeit mit der Europäischen Zentralbank (EZB) sollten auch die europäischen Finanzminister auftreten, wenn es um globale Währungsrisiken geht. Nur mit Geschlossenheit können sie in den entsprechenden internationalen Gremien die Situation auf den internationalen Währungsmärkten stabilisierend beeinflussen. So können für die EU schädliche schockartige Anpassungsprozesse verhindert werden.

500

1.3. Grüne Marktwirtschaft kämpft für einen globalen Ordnungsrahmen

Marktwirtschaft ohne Demokratie führt zu unerträglichen Situationen – das zeigt die Entwicklung in China jeden Tag. Korruption, Zerstörung der Natur, Unterdrückung, Ausbeutung und Folter sind an der Tagesordnung. Der Handel und der Austausch mit China vergrößert die Möglichkeit für eine demokratische Öffnung dort. Abschottung und Isolation würde auch die Offenheit der chinesischen Gesellschaft zurückdrehen. Wir wollen daher über internationale Abkommen elementare Beteiligungs- und Schutzrechte der ArbeitnehmerInnen wie das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und das Recht auf Streik durchsetzen.

Über globale Umweltabkommen wollen wir die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen beenden. In Bezug auf den Klimawandel wäre ein globales Emissionshandelssystem, an dem sich alle Staaten beteiligen, das effizienteste System. Ziel muss es sein, individuelle Emissionsrechte weltweit handelbar zu machen.

Das Bundeskartellamt kann auf eine erfolgreiche Geschichte im Kampf für mehr Wettbewerb zurückblicken. Zunehmend droht es aber auf Grund einer zu dünnen Personaldecke und neuer Aufgaben, etwa die Überwachung der Preisgestaltung im Energiesektor, an Grenzen zu stoßen. Wir wollen das Bundeskartellamt personell aufstocken und es durch die Abschaffung der so genannten Ministererlaubnis in seiner Unabhängigkeit stärken. Wettbewerbspolitik ist darüber hinaus immer stärker für den EU-Binnenmarkt als auch im globalen Handel ein Thema. Betrachtet man die Marktmacht einiger Unternehmen auf globaler Ebene, etwa die Konzentrationserscheinungen im Rohstoffsektor, ist es an der Zeit, eine globale Institution zu beauftragen, die sich Monopolen und Kartellen entgegen stellt, um für mehr Wettbewerb zu sorgen. Die Bundesregierung sollte dies zum Thema ihrer G8-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 machen.

525

Derzeit ist Europa für Deutschland der relevante Raum, in dem eine effektive Finanzaufsicht erfolgen muss. Denn die nationalen Institutionen sind mit ihren eingeschränkten Befugnissen immer weniger in der Lage, auf systemische Risiken zu reagieren, die durch wachsende grenzüberschreitende Finanz-

transaktionen entstehen und die Funktionstüchtigkeit der Finanzmärkte zu sichern. Besonders daran muss Deutschland als ein Land mit hohem Kapitalbedarf großes Interesse haben.

1.4. Wettbewerb auf dem Energiemarkt stimulieren

Der Zusammenhang zwischen Rohölpreissteigerungen und wachsenden Umsatzrenditen und Börsenkapitalisierung der Energiekonzerne ist kein Zufall. Die Mineralölkonzerne haben in den letzten Jahren auf einem von Nachfragesteigerung und Angebotsverknappung geprägten Markt satte Gewinne gemacht. Den konstanten Kosten der Förderung stehen rasante Steigerungen beim Rohölpreis gegenüber. Die Strom- und Wärmeerzeuger blicken auf gute Geschäftsjahre zurück, besonders weil der Strompreis getrieben wird von den Öl- und Erdgasmärkten, ein Großteil der Stromproduktion aber auf Kohle, Kernenergie und Erneuerbaren Energieträgern basiert, wo den nicht gestiegenen Produktionskosten exorbitante Mehrerlöse für Strom gegenüber stehen. Die steigende Nachfrage nach Rohstoffen macht schließlich die führenden Anbieter von Erzen und Metallen heute zu höchstprofitablen Playern auf den globalen Märkten. Die daraus erwachsene Marktmacht ist für die Marktwirtschaft eine große Gefahr. Der größte private Ölkonzern der Welt mit einer Börsenkapitalisierung von 412 Milliarden USD ist Exxon Mobil. Zurzeit macht er rund 100 Millionen USD Gewinn am Tag. Zu Recht hat der luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker deshalb die Abschöpfung der auf Mitnahmeeffekten beruhenden Gewinne angemahnt. Auch im US-Senat wurden solche Überlegungen angestellt.

550 Deutschland sollte dieses Thema ins Zentrum des G 8-Gipfels und der EU-Ratspräsidentschaft stellen und für eine konzertierte globale Vorgehensweise sorgen, weil alle Volkswirtschaften unter diesem Kartell der Profiteure der Rohstoffkrise leiden. Die inflationären Konsequenzen dieser Marktsituationen lassen die entstehenden Monopole in ihrer Wirkung auf die Volkswirtschaften genauso gefährlich erscheinen als beispielsweise Microsoft oder in Zukunft Google. Exxon Mobil ist bezogen auf seine Reserven aber nur auf Platz vierzehn aller Öl- und Gasanbieter und wird weiter zurück fallen, weil die Ölvorräte der Zukunft in Regionen liegen, in denen sie nicht investieren können. Vor dem Energiegiganten rangieren dreizehn staatliche Öl- und Gasgesellschaften. Deren Gewinne machen die Regierungen in Russland, Venezuela, Iran oder im arabischen Raum immer reicher. Die daraus resultierende größere außenpolitische Bedeutung und zunehmende Abhängigkeit des Westens von instabilen Förderregionen unterstreicht, dass es eine zentrale energie- und sicherheitspolitische Strategie sein muss, unabhängiger von Erdöl und Erdgas zu werden. Gleichzeitig sind die steigenden Öl- und Gaspreise die größten Inflationstreiber im Euro-Raum. Auf hohe Teuerungsraten reagiert die Europäische Zentralbank in der Regel mit der Anhebung des Zinssatzes – Kredite für Unternehmen und VerbraucherInnen verteuern sich entsprechend. Eine Politik „Weg vom Öl“ sorgt also nicht nur für weniger Abhängigkeit von unsicheren Lieferanten und verringert den Klimawandel, sondern ist auch gut für niedrige Zinsen und damit für mehr wirtschaftliche Dynamik.

Wir haben nach der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes damit begonnen, den Energiemarkt durch Regulierung wieder zu einem Wettbewerbsmarkt zu machen, was zeigt, dass ein staatlicher, regulativer Eingriff in diese Märkte ein modernes Instrument vorausschauender Wettbewerbspolitik

575

sein kann. Im Mittelpunkt unserer Anstrengungen steht die Durchsetzung von mehr Wettbewerb auf dem Strom- und Erdgasmarkt. Das von uns stark geprägte Energiewirtschaftsgesetz hat die Bundesnetzagentur in die Lage versetzt, in den naturgemäß monopolisierten Netzen durch die Simulation von Wettbewerb Kosten zu senken. Insbesondere die Durchsetzung der Anreizregulierung wird die Kosten entscheidend senken. In Deutschland ist das Eigentum von Netzen und Stromerzeugung noch nicht getrennt. 24 der 25 europäischen Regulierer sehen aber gerade in diesem eigentumsrechtlichen Unbundling einen entscheidenden Schritt in Richtung Wettbewerb. Auch wenn wir in unserer Regierungszeit diese tief greifende Veränderung des Energiemarktes nicht durchsetzen konnten, bleibt die eigentumsrechtliche Entflechtung der Transportnetzebene unser politisches Ziel. Wettbewerb braucht Wettbewerber. Solange aber die Stromproduzenten gleichzeitig als Kontrolleure des Netzes fungieren, werden Dritte abgeschreckt in neue Kraftwerke zu investieren. Als erste Schritte auf dem Weg zu sinkenden Kosten im Bereich der Stromproduktion ist es sinnvoll, dem Bundeskartellamt bessere Instrumente zur Missbrauchskontrolle in die Hand zu geben. Die vier den alten Besatzungszonen ähnelnden Gebietsmonopole könnten durch die Installation eines unabhängigen Netzbetreibers aufgelöst werden, der die Bereitstellung von Grund- und Spitzenlaststrom sowie den grenzüberschreitenden Stromhandel effizienter und damit kostengünstiger gestalten würde. Schließlich können wir feststellen, dass die immer effizienter werdende Produktion von Strom aus regenerativen Quellen inzwischen zu einer Senkung des Preises beiträgt, weil sie an die Stelle teurer konventioneller Spitzenlastkraftwerke getreten ist.

1.5. Das Gesundheitswesen zum Gesundheitsmarkt umbauen

600

Schon heute werden rund 70 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung im Dienstleistungsbereich erarbeitet – mit steigender Tendenz. Das Gesundheitswesen ist eines der größten Wachstums- und Beschäftigungsbranchen der Dienstleistungsgesellschaft. Das Gesundheitswesen wird noch mehr Menschen Beschäftigung bieten, wenn es zum Gesundheitsmarkt wird. Zentrales Ziel ist dabei ein Markt, der einen solidarischen Umgang mit Krankheit effektiv organisieren soll. Allein der Gesundheitssektor zählt über 4,5 Millionen Beschäftigte. Die gesamte Branche ist damit ein nicht zu unterschätzender Jobmotor für Deutschland. Und sie wird weiter wachsen, insbesondere in nicht medizinischen Bereichen, wie z.B. im Wellnessbereich, im ambulanten Dienstleistungssektor, im Pflegebereich und im Gesundheitstourismus.

Wichtig für die Wachstumschancen im Gesundheitsbereich ist die Weiterentwicklung des medizinischen Kernbereichs des Gesundheitswesens. Je besser es gelingt, den Ausgabenanstieg im Krankenversicherungssystem zu begrenzen, umso mehr private Kaufkraft kann in andere Bereiche der Gesundheitswirtschaft fließen. Dabei wird es im Kernbereich des Gesundheitswesens vor allem darum gehen, Gesundheitsleistungen effizienter und effektiver zu machen. Ein Schlüsselfaktor hierfür ist die Stärkung des Wettbewerbs.

Speziell im Pflegebereich sind die heutigen Leistungsangebote noch nicht flexibel genug und kaum auf die Bedürfnisse der Betroffenen ausgerichtet. Das wird sich mit einer Reform der Pflegeversicherung ändern, wenn sie die krude Alternative zwischen Überlastung der (meist weiblichen) Pflegenden und teurer Heimunterbringung überwinden hilft. Mit der Einführung des Persönlichen Pflegebudgets beispielsweise werden die NutzerInnen zukünftig selber bestimmen können, welche Leistungen sie benötigen und dementsprechend welche Leistungen sie mit dem Budget einkaufen werden. Somit wird in Zukunft die Nachfrage, entgegen der heutigen Situation, die Entwicklung neuer Angebotspaletten stärker bestimmen.

625 Auf der Seite der Krankenversicherer ist die Schaffung einer gemeinsamen Wettbewerbsordnung überfällig. Bisher findet zwischen den gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen nur eingeschränkter Wettbewerb statt. Die privaten Krankenversicherungsunternehmen können sich daher auf „gute Risiken“ konzentrieren. Eine Angleichung der Wettbewerbsbedingungen für alle Krankenversicherer ist zwingend erforderlich. Die althergebrachte Doppelstruktur von gesetzlicher und privater Krankenvollversicherung, die es so nur noch in Deutschland gibt, muss überwunden werden. Der Wechsel innerhalb der PKV muss für die VerbraucherInnen attraktiver gemacht werden, indem diese ihre Altersrückstellungen über den jetzt vorgesehenen Basistarif hinaus zum Wettbewerber mitnehmen können.

Eine wettbewerbliche Weiterentwicklung setzt aber auch auf der Angebotsseite des Gesundheitswesens erhebliche Änderungen voraus: Der ambulante ärztliche Bereich wird nach wie vor von Ärzte- und Kassenkartellen beherrscht, die Kollektivverträge miteinander abschließen. Wir wollen, dass diese durch Direktverträge zwischen Kassen und Ärzten bzw. Ärzte-Netzwerken abgelöst werden. Im Sinne eines Wettbewerbs um intelligente, kostengünstige und für den Patienten effiziente Verträge fordern wir, dass Kassen und Ärzte die medizinische Versorgung selbstständig organisieren dürfen.

Auch im Arzneimittelbereich sind mehr einzelwirtschaftliche Handlungsspielräume für alle Beteiligten erforderlich. Dazu gehören mehr Preisverhandlungen zwischen Kassen und Pharmaindustrie. Bisher haben Kassen und Hersteller durch die Kontrahierungspflicht kaum Anreize, Preisverhandlungen miteinander zu führen. Wir fordern, dass dieses Wettbewerbshemmnis endlich fällt, und dass die Kassen eigene Positivlisten erstellen können. Damit hätten die Krankenkassen ein massives Interesse daran, Ausschreibungen vorzunehmen und die für die Versorgung ihrer Mitglieder notwendigen Arzneimittel bei unterschiedlichen Herstellern preisgünstig einzukaufen.

Der entstehende Preiswettbewerb auf dem Arzneimittelmarkt muss durch eine wettbewerbliche Weiterentwicklung der Arzneimitteldistribution ergänzt werden. Die Aufhebung des Fremd- und Mehrbesitzverbots bei Apotheken ist überfällig. Ferner ist eine weitgehende Liberalisierung der Arzneimittelpreisverordnung erforderlich.

650 Im Krankenhausbereich hat die Wettbewerbsintensität bereits deutlich zugenommen. Durch die Einführung der Fallpauschalen entstehen für die Krankenhäuser massive Anreize, ihre Strukturen und

internen Abläufe effektiver und effizienter zu gestalten. Allerdings muss diese Änderung des Preissystems endlich durch eine Reform der Krankenhausfinanzierung flankiert werden. Die heutige Aufteilung der Krankenhausfinanzierung zwischen Ländern und Krankenkassen führt zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen zwischen öffentlichen und privaten Trägern, eine alleinige Krankenhausfinanzierung über die Krankenkassen würde die Situation ändern. Darüber hinaus sind auch im Krankenhausbereich die Kollektivverträge durch Direktverträge zwischen Krankenkassen und Krankenhäusern abzulösen.

Wir wollen außerdem nach wie vor die gesetzliche Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung weiterentwickeln, in die alle Bürgerinnen und Bürger sowie alle Einkommensarten (also auch Vermögenseinkommen, Gewinne und Mieteinkünfte) einbezogen werden. Die Bürgerversicherung sorgt für mehr soziale Gerechtigkeit, weil sie die Privilegierung der Beamten, Selbstständigen und Personen mit hohem Einkommen beendet und alle Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit einbezieht. Sie stärkt außerdem die Nachhaltigkeit der Finanzierungsbasis der gesetzlichen Krankenversicherung.

1.6. Wettbewerb bei Handwerk und freien Berufen

Als Voraussetzung für einen wettbewerbsfähigen Marktzugang beim Handwerk fordern wir die Begrenzung des Meisterzwangs auf die gefahreneigneten Gewerke, wie z.B. das Kfz-Gewerbe. Die Meisterprüfung wollen wir als freiwilliges Qualitätszertifikat erhalten.

675 Bei den freien Berufen bestehen nach wie vor Regelungen, die den wirtschaftlichen Wettbewerb beschränken. So gibt es beispielsweise bei den Honoraren der Architekten und Ingenieure sowie den Gebühren der Anwälte immer noch gesetzlich geregelte Mindestpreise. Wir halten diese Mindestpreisregelung für überholt. Sie ist weder ein sinnvolles Mittel, um die Qualität der Arbeit dieser Berufssparten zu gewährleisten, noch um den Zugang zum Rechtssystem zu sichern. Wir fordern deshalb die Einführung unverbindlicher Referenztarife an denen sich der Markt orientieren kann, die aber bei Vertragsabschluss anders verhandelbar sind.

1.7. Public Private Partnership aktiv nutzen

In vielen Fällen können öffentliche Aufgaben dadurch effizienter erbracht werden, dass Private einbezogen werden. Investieren Private z.B. in die bessere Wärmedämmung öffentlicher Gebäude, so können dadurch die öffentlichen Haushalte und die Umwelt entlastet werden.

Der Modernisierungsprozess der Bundeswehr muss durch das Outsourcing von Leistungen, die Private im Wettbewerb besser erbringen können, wie zum Beispiel der Einkauf von Dienstreisen oder bestimmte informationstechnische Leistungen, weiter vorangetrieben werden. Es ist nicht zu verstehen,

warum die schwarz-rote Koalition die erfolgreiche Arbeit der dafür gegründeten Gesellschaft gestoppt hat.

700

Entscheidend bei der Umsetzung von PPP-Vorhaben ist, dass sie kompetent gemanagt werden und die notwendigen Ressourcen dafür bereitgestellt werden. Häufig versucht die öffentliche Hand, PPP-Maßnahmen ohne das notwendige Know-how umzusetzen. Die Folge sind dann langwierige Rechtsauseinandersetzungen und Mehrkosten für die öffentliche Hand. Ein schlechtes Beispiel ist die Übertragung von Betriebsleistungen der Berliner Charité an ein Unternehmenskonsortium. Schon das Vertragsvolumen ist viel zu groß, als das hier eine effiziente Steuerung möglich wäre.

PPP-Projekte können nur so gut sein, wie das Management der öffentlichen Hand, das sie gestaltet. Deshalb wollen wir das notwendige Know-how in der öffentlichen Verwaltung aufbauen. Bei jeder öffentlichen Beschaffung oder jedem öffentlichen Investitionsvorhaben soll geprüft werden, ob es nicht durch die Ausschreibungen und die Einbeziehung von Privaten günstiger abgewickelt werden kann.

1.8. Fairer Wettbewerb durch informierte VerbraucherInnen

725

Sozial, ökologisch und ökonomisch verantwortungsbewusste VerbraucherInnen haben Erwartungen an Dienstleistungen, Produkte und ihre Herstellungsweise. Sie nehmen durch ihre Kaufentscheidungen erheblichen Einfluss auf die Produktionsweise von Unternehmen. Informierte VerbraucherInnen haben daher eine Schlüsselrolle als Kontrolleure nationaler Wirtschaftsunternehmen, diese gilt es weiter auszubauen. Dazu muss die Autonomie der VerbraucherInnen und letztlich der faire Wettbewerb weiter gestärkt werden. Wir wollen mehr Transparenz und die Bereitstellung verbrauchergerechter Informationen von Unternehmensseite. Damit nachhaltiger Konsum für die VerbraucherInnen einfacher wird, fordern wir die Einführung eines Labels für nachhaltig hergestellte Produkte, die bestimmten ökologischen und sozialen Kriterien entsprechen. Mit einem solchen modernen Verbraucherschutz können den Menschen notwendige Informationen über die Konsumgüter bereitgestellt und nachhaltige Konsummuster sowie nachhaltiges Wirtschaften gefördert werden. Wir setzen uns für weitere Orientierungshilfen in Form von Siegeln und Prüfzeichen ein. Außerdem wollen wir, dass das Verbraucherinformationsgesetz (VIG), so wie damals von Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagen, mit umfassenden Rechtsansprüchen gegenüber Behörden und Unternehmen und mit klaren und unbürokratischen Antragsverfahren, umgesetzt wird. Der jetzige Entwurf aus dem Ministerium von Horst Seehofer weicht den Informationsanspruch auf und ist voller Anwendungslöcher, Lücken und bürokratischer Hürden. Immer wichtiger wird der Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen. Nur mit Transparenz bei Anlageprodukten und Informationspflichten der Banken und Versicherungen können sich die Märkte langfristig erfolgreich entwickeln.

Aufgeklärte VerbraucherInnen sorgen dafür, dass Unternehmen wie Apple, Aldi oder Nike es sich nicht mehr leisten können, bei „Schwitzbuden“ in China mit unmenschlichen Arbeitsbedingungen einzukaufen. Die Unternehmen sehen sich gezwungen, Monitoringsysteme aufzubauen. All dies ge-

schiebt durch eine aktive Zivilgesellschaft und NGOs, die Druck ausüben. In den letzten Jahren haben die Unternehmen daher ihre Aktivitäten im Bereich Corporate Social Responsibility ausgeweitet. Grüne Marktwirtschaft unterstützt Initiativen, die Transparenz hinsichtlich verantwortlicher Unternehmensführung schaffen. Deutsche Unternehmen haben noch zu wenig erkannt, dass sie ihren Wert durch die Teilnahme an Initiative wie z.B. dem Global Compact der Vereinten Nationen erhöhen können.

1.9. Wettbewerb bei netzgebundenen Infrastrukturen

750 Die Bundesregierung plant der Deutschen Telekom auf dem Markt der Infrastruktur für das superschnelle Internet die Wettbewerber vom Hals zu halten, indem sie großzügige Regulierungsferien gewährt. Wir sehen weder in der Erhaltung noch in der Schaffung neuer Monopole den richtigen Weg zur Entstehung moderner Telekommunikationsinfrastrukturen. Bei Festnetz, Breitband und mobiler Kommunikation wollen wir angesichts bestehender Monopole eine Regulierung, die Infrastrukturwettbewerb ermöglicht. Hinsichtlich des in den Konzernen vorhandenen internen Wettbewerbs um Investitionen muss es Ziel sein, eine europaweite Wettbewerbsstrategie durchzusetzen. Die EU-Kommission hat völlig recht: Die Politik der Bevorzugung ehemaliger heimischer Monopolisten erzeugt genau das Gegenteil und gefährdet den europäischen Markt.

Mehr Wettbewerb würde beim Post- und Logistikmarkt zu Wachstumspotenzialen führen, die von großer Bedeutung sind, weil sie Arbeitsplätze bei den eher geringer Qualifizierten schaffen. Da wir in diesem Bereich noch immer die größte Arbeitslosigkeit haben, macht eine Strategie Sinn, die auf diesem Markt für mehr Dynamik und die Entstehung neuer Beschäftigungspotenziale sorgt. Wir wollen die vollständige Liberalisierung auf dem Postmarkt und die Beendigung von Bevorzugungen des ehemaligen Monopolisten. Wir fordern daher, dass das Briefmonopol wie geplant Ende 2007 fällt, damit auf dem Briefmarkt ab Januar 2008 der Weg zu mehr Wettbewerb freigemacht wird. Bis zum endgültigen Wegfall des Briefmonopols müssen die derzeitigen Wettbewerber gestärkt werden, indem die Bevorzugung der Deutschen Post bei der Umsatzsteuer umgehend aufgehoben wird. Ferner müssen neue Formen der Briefbeförderung für alle anderen Anbieter mit kostengünstigen Varianten und Laufzeiten geschaffen werden. Bis zur Liberalisierung in 2008 muss es eine schrittweise Öffnung des Universaldienstes durch Pilotprojekte geben.

775 Wettbewerb zwischen verschiedenen Leistungsanbietern ist ein Kernelement echter Marktwirtschaft, das gilt auch beim Thema Bahn. Der Schienenverkehr hat eine große volkswirtschaftliche Bedeutung, deshalb bedarf es klarer Regeln und Rahmenbedingungen, die für alle gleich gelten. Wir dürfen nicht nur auf die betriebswirtschaftlichen Interessen eines einzelnen Unternehmens blicken, denn das würde den verkehrs-, umwelt- und wirtschaftspolitischen Erfordernissen der Allgemeinheit nicht gerecht werden. Zukunft und Wachstum des Schienenverkehrs können nur gesichert werden, wenn echter Wettbewerb auf der Schiene hergestellt ist. Konkurrenz belebt das Geschäft - im Interesse der Kunden. Je mehr leistungsfähige Anbieter auf dem Markt sind, die in einem fairen Wettbewerb zueinander stehen, desto eher werden neue Kundengruppen durch passgenaue Angebote erreicht und von der

Straße auf die Schiene wechseln. Wettbewerb ist ein Garant für Innovationen und Kosteneffizienz. Nahezu das ganze Wachstum im Schienengüterverkehr geht auf das Konto privater Bahnen. Das Schienennetz und die übrige Infrastruktur, die allen Betreibern von Eisenbahnen offen stehen muss, soll nach grünen Vorstellungen in eine bundeseigene Deutsche Schieneninfrastrukturgesellschaft überführt werden. Damit wird sichergestellt, dass eine Diskriminierung von Drittanbietern, die den Wettbewerb behindert, nicht mehr stattfinden kann. Außerdem soll Fahrzeugmaterial, das von der Deutsche Bahn AG nicht mehr genutzt wird, in einen Fahrzeugpool eingebracht werden, wo es von privaten Anbietern gemietet werden kann. Insbesondere das Monopol über viele Güterverkehrswagen verhindert bisher, dass mehr Wettbewerb im Schienengüterverkehr stattfindet.

Mehr Wettbewerb muss es auch für leitungsgebundene Energien, vor allem Strom und Erdgas, aber auch für Fern- und Nahwärme geben. Um im Strom- und Erdgasbereich den Wettbewerb zu stärken, ist eine eigentumsrechtliche Entflechtung des Netzbetriebs von Erzeugung und Verteilung vor allem auf den Transportnetzebenen anzustreben. Um neuen Akteuren, vor allem für ökologisch wertvolle Aktivitäten, den Netzzugang zu erleichtern, ist die Privilegierung von Erneuerbaren Energien im Erneuerbare-Energien-Gesetz gegen die Unterhöhungen der Stromwirtschaft zu verteidigen und für Biogas mit einem Biogaseinspeisegesetz zu schaffen.

1.10. Wettbewerb braucht Korruptionsbekämpfung

Korruption ist ein Übel für funktionierende Märkte. Die VerbraucherInnen und Wettbewerber zahlen die Zeche für korrupte Strukturen in den Unternehmen.

800 Die engen personellen Verflechtungen innerhalb der Führungseliten der deutschen Wirtschaft sowie zwischen Wirtschaft und Politik waren für den Economist in seinem letzten Survey über Deutschland Anlass genug, die Cliquenwirtschaft zu einem zentralen Problem des Wirtschaftsstandortes zu erklären. Der Schwarzgeldskandal der CDU, die engen personellen Verflechtungen der SPD mit den Energiekonzernen, das Engagement von Altbundeskanzler Schröder und weiteren Regierungsmitgliedern für Gasprom sowie Luxusreisen für Kommunalpolitiker organisiert von e.on umreißen die Grauzonen von Filz und Korruption an der Nahtstelle von Politik und Wirtschaft. Auch die Fundamentalopposition der FDP gegen mehr Transparenz bei Nebenbeschäftigung von Abgeordneten lässt nichts Gutes vermuten.

Die Ämterhäufung deutscher Manager in den Aufsichtsräten ist ein weiteres Anzeichen für Cliquenwirtschaft. Während in den neunziger Jahren vor allem die Bauindustrie in Korruptionsskandale verwickelt war, Transparency International schätzt den Schaden allein hier auf 300 Milliarden USD im Jahr, wird immer deutlicher, wie weit die Korruption in die verschiedenen Wirtschaftsbereiche vorgedrungen ist. Der Skandal um Schmiergeldzahlungen in der Automobilindustrie, die Veruntreuung bei Volkswagen oder die Bestechung von MitarbeiterInnen in der Elektronikhandelsbranche durch Philips sind

hierfür Beispiele. Auch die zunehmend zu beobachtende Verwischung von redaktionellen Inhalten und paid media wird noch zu wenig als Problem beachtet.

825 Wir erwarten von den Verbänden der Wirtschaft, dass sie dieses Problem nicht weiter totschweigen, sondern im Sinne der Selbstverpflichtungen im Global Compact und den Erklärungen von Davos offensiv angehen. Statt versuchter Vertuschung sollten alle aufgedeckten Korruptionsfälle bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht werden. Die Unternehmenskultur muss so gestaltet werden, dass Korruption erschwert wird. Nach den Verschärfungen im Korruptionsrecht von 1997 und der Beendigung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Bestechungen im Ausland als Betriebsausgaben sollte nun endlich ein Bundeszentralregister eingeführt werden, in dem Unternehmen gelistet werden, die im Bereich B2B oder im Bereich öffentlicher Aufträge Instrumente der Korruption eingesetzt haben. Je nach Schwere der Korruption sollten damit zusätzliche Sanktionen wie der Ausschluss von Vergaben verbunden sein. Die Börsenaufsicht in Europa sollte sich in der Korruptionsbekämpfung stärker am Vorbild der US-amerikanischen SEC orientieren. Wir brauchen auch einen Verhaltenskodex zwischen Nationalregierungen und Banken, um die Korruption in den Entwicklungs- und Schwellenländern zu unterbinden.

2. Arbeit reformieren

2.1. Sozialabgaben zielgenau senken

Grüne Marktwirtschaft erliegt nicht dem neoliberalen Glauben in die Selbstheilungskräfte des Marktes, die die Arbeitslosigkeit auf Kosten der Löhne beseitigen will. Es sind in Deutschland nicht zu hohe Löhne, sondern die hohen Lohnnebenkosten, die mehr Arbeitsplätzen gerade für gering Qualifizierte im Wege stehen und die Schwarzarbeit florieren lassen. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass im Handwerk, bei Dienstleistungen und in vielen anderen Bereichen neue Arbeitsplätze entstehen können und schlagen mit dem Progressivmodell die Senkung der Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich vor. So entstehen neue Chancen für die, die bisher dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt waren. Zugleich sind niedrigere Lohnnebenkosten bei einfachen Tätigkeiten ein geeignetes Mittel zur Eingrenzung der Schwarzarbeit, durch die unserer Volkswirtschaft Milliardenentnahmen entzogen werden.

850 Erst ab einem Bruttoeinkommen oberhalb von 2.000 € soll die volle Last der Sozialversicherungsabgaben von heute rund 42 Prozent (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil) anfallen. Für alle Einkommen bis 2.000 € sollen die Beitragssätze langsam ansteigen. Bei einem Bruttoeinkommen von 1.000 € sollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach unseren Vorstellungen so zum Beispiel nur je 14 Prozent Beiträge, zusammen also 28 Prozent entrichten. Durch die Verringerung der Abgaben könnten Arbeitgeber mehr Arbeitsplätze und neue Dienstleistungen anbieten. Um das möglichst einfach zu gestalten, könnte der ermäßigte Arbeitnehmerbeitrag in Form einer Steuergutschrift gewährt werden.

In unserem Progressivmodell sind alle ArbeitnehmerInnen Mitglieder der Kranken-, Renten-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung. Dabei können Mitnahmeeffekte durch eine Mindestarbeitsstundenzahl als Voraussetzung für die Aufnahme in die gesetzliche Krankenversicherung vermieden werden. Die bisherige Minijob-Regelung würde in unserem Modell aufgehen. Bisherige MinijobberInnen wären in Zukunft vollständige Mitglieder in der Sozialversicherung. Damit wäre ein entscheidender Nachteil der jetzigen Minijob-Regelung beseitigt, nämlich die mangelhafte soziale Absicherung.

Zur Kompensation der - über die zusätzlichen Beschäftigungseffekte entstehenden Mehreinnahmen hinaus - entstehenden Finanzierungslücke ist eine Gegenfinanzierung aus Steuern notwendig. Diese Umfinanzierung der sozialen Sicherheit in Höhe von rund 15 Milliarden € weg von Abgaben hin zu Steuern, ist jedoch beschäftigungspolitisch notwendig und steuerpolitisch möglich. Insbesondere die skandinavischen Länder haben uns vorgemacht, dass man mit stärker steuerfinanzierten Sozialsystemen Beschäftigung aufbauen kann.

Die paritätische Finanzierung der Sozialversicherungen ist in den letzten Jahren auch deshalb immer stärker unter Druck geraten, weil die Sozialbeiträge ausschließlich an den Faktor Arbeit geknüpft sind und damit der veränderten Einkommensentwicklung nicht gerecht werden. Die Überbelastung des Faktors Arbeit ist zur Beschäftigungsbremse und zum Motor für Schwarzarbeit geworden. Eine Umfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme ist nicht nur gerechter, sondern auch beschäftigungspolitisch geboten. Das grüne Progressivmodell konzentriert die ergänzende Steuerfinanzierung gezielt auf die Problembereiche des Arbeitsmarktes in den unteren Einkommensbereichen.

875 Auf dem Weg zur weiteren Entkopplung der Finanzierung der sozialen Sicherung von den Lohneinkommen hin zu einer stärkeren Steuerfinanzierung, könnte neben der Progression ein zweites Element unseres Steuersystems auf die Sozialabgaben übertragen werden. So wie es ein steuerfreies Existenzminimum gibt, könnte auch ein Freibetrag bei den Sozialabgaben schrittweise eingeführt werden. In Abhängigkeit zur Höhe des Freibetrages müssen allerdings zusätzliche Steuereinnahmen mobilisiert werden. Die zielgenaue Absenkung der Sozialabgaben kann dort Arbeit schaffen, wo sie besonders fehlt. Die weiteren Reformen der Sozialversicherungen und deren Anpassung an die demographische Entwicklung bleiben weiterhin überfällig.

2.2. Arbeitsrecht vereinfachen und fair gestalten

Wir wollen die seit der Kanzlerschaft von Willy Brandt immer wieder vorgetragene Forderung, das unübersichtliche, durch Richterrecht geprägte deutsche Arbeitsrecht durch die Vorlage eines Arbeitsvertragsgesetzbuches zu vereinfachen, umsetzen. Das verstreute Individualarbeitsrecht muss zusammengefasst werden, damit die Verpflichtung des Einigungsvertrages, eine einheitliche Neukodifizierung vorzunehmen, endlich umgesetzt wird. Durch die Vereinfachung sollen die Interessen von ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen in fairer Weise gewahrt werden. Wir wollen außerdem das Teilzeit- und Befristungsgesetz weiterentwickeln. Nach geltendem Recht kann ein Arbeitnehmer nur dann ohne sachlichen Grund befristet eingestellt werden, wenn er vorher noch nie in dem Unterneh-

men tätig war. Dies führt zu absurden Situationen, z.B. dass eine Person, die als studentische Hilfskraft in einem Unternehmen tätig war, Jahre später eine befristete Stelle nicht antreten kann. Dieses so genannte Ersteinstellungsgebot bei sachgrundlosen Befristungen muss abgeschafft werden. Die Wartefrist, die zwischen zwei Arbeitsverhältnissen liegen muss, sollte maximal sechs Monate betragen, um Kettenbefristungen zu vermeiden.

900

2.3. Mindestlöhne schaffen faire Beschäftigungsbedingungen

Der zunächst in der Bauindustrie eingeschlagene Weg branchenspezifischer Mindestlöhne auf Grundlage allgemeinverbindlich erklärter Tarifvereinbarungen wird von der Bundesregierung zu zaghaft fortgesetzt. Dass nun auch das Gebäudereinigungshandwerk in diesem Sinne durch Mindestlöhne bessere Arbeitsbedingungen bekommt, ist zwar gut, aber nicht ausreichend. In dem dynamischen Bereich der Zeitarbeitsbranche haben sich die Tarifpartner ebenfalls auf Mindestlöhne geeinigt. Das ist besonders wichtig, weil die Hälfte aller Beschäftigten direkt aus der Arbeitslosigkeit kommt und über ein Drittel als ungelernte HilfsarbeiterInnen einzustufen ist. Vor diesem Hintergrund ist die Weigerung der Bundesregierung, die Arbeitnehmerentsendung analog zu Bau und Gebäudereinigung zu regeln und das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf alle Branchen auszuweiten, grob fahrlässig. Auch in anderen Bereichen, wie zum Beispiel der Pflege und beim Sicherheitspersonal können branchenspezifische und regional differenzierte Mindestlöhne die Situation von ArbeitnehmerInnen wesentlich verbessern. Sie werden anders als der von einigen Gewerkschaften geforderte einheitliche, bundesweite Mindestlohn zwar etwas niedriger liegen, aber wegen ihrer Anpassung an die Realitäten verschiedener Branchen nicht prohibitiv wirken, also zum Arbeitsplatzabbau beitragen. In den Branchen, in denen es an eigenen Tarifstrukturen mangelt, braucht es gesetzliche Regelungen, die rechtlich verbindliche Mindestlöhne und Mindestarbeitsbedingungen unter der Beteiligung der Sozialpartner und der Wissenschaft festlegen.

2.4. Geregelte Praktika für mehr Planungssicherheit

925 Der Übergang vom Studium in den Beruf gestaltet sich heute für immer mehr Menschen als scheinbar immer währendes Praktikum. Aber nur als freiwillig gewählter Qualifizierungsbaustein ist ein Praktikum sinnvoll. Diese Unsicherheit mit der die Studierenden konfrontiert sind, steht im Widerspruch zu dem stetig wachsenden Bedarf an hoch qualifizierten jungen Menschen, die während ihres Studiums erste Praxiserfahrungen sammeln konnten. Deshalb wollen wir die Praktika im Studium stärken und gleichzeitig der Substituierung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung durch Praktikumsstellen mit einer zeitlichen Befristung entgegen wirken.

3. Ressourcen sichern

3.1. Deutschland zum Vorreiter bei der Rohstoff- und Energieeffizienz und bei der Umstellung auf erneuerbare Ressourcen machen

Der globale Materialaufwand für die inländische Produktion in Deutschland ist zwischen 1991 und 2000 absolut um 7 Prozent gesunken, bei einem gleichzeitigen Wachstum von 15 Prozent. Die Ressourcenproduktivität hat also um 24 Prozent zugenommen. Vor dem Hintergrund weltweit dramatisch steigender Öl- und Rohstoffpreise hat diese Entwicklung erheblich zur Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beigetragen. Doch man darf sich mit dem Erreichten nicht zufrieden geben. Denn nach wie vor finden Technologien und Managementmethoden zur Steigerung der Ressourceneffizienz in der öffentlichen Debatte noch zu wenig Aufmerksamkeit.

Wir wollen die Steigerung der Ressourcenproduktivität, Erneuerbare Energien und erneuerbare Chemieressourcen zu Leitbildern der deutschen Innovationspolitik machen und Deutschland zum führenden Markt für diese Technologien entwickeln, denn sie werden die Märkte von Morgen beherrschen. Personalkosten stehen nach wie vor im Zentrum der Aufmerksamkeit, wenn es um die Senkung von Kosten am Standort Deutschland geht, obwohl knapp 50 Prozent der Kosten eines durchschnittlichen Betriebes im verarbeitenden Gewerbe auf Energie und Material entfallen. Die Praxis vieler Beratungsunternehmen zeigt, dass sich mit innovativen Technologien und Managementmethoden die Materialkosten häufig rentabel um 10 bis 20 Prozent senken lassen. Nach einer im Jahr 2004 von der Prognos AG, IW-Consult u.a. vorgelegten Studie könnte innerhalb von 12 Jahren bei Nutzung der rentablen Potenziale zur Steigerung der Materialeffizienz ein zusätzliches Wachstum von 7 bis 14 Prozent erreicht werden und es könnten 760.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Vor dem Hintergrund der seitdem weiter gestiegenen Rohstoffpreise hat sich das Potenzial für Investitionen in rentable Ressourceneinsparungen weiter erhöht. In diesem Prozess wird auch der Anteil kreativer, industrienaher Dienstleistungen steigen.

Der Vorsprung der deutschen Wirtschaft muss in allen Technologiefeldern weiterentwickelt werden, um im internationalen Wettbewerb die Nase vorn zu haben. Dazu bedarf es einer wirtschaftspolitischen Strategie, die die Weichen zur Erschließung lukrativer Zukunftsmärkte stellt. Deutschland sollte die unter Rot-Grün begonnene Strategie „Weg vom Öl“ konsequent fortsetzen und ein konkretes Datum definieren, ab dem es auf die Verbrennung von allen fossilen Brennstoffen zur Deckung seines Energiebedarfes verzichten will. Schweden hat das Jahr 2020 als Zielmarke definiert. Die Bundesregierung sollte ein Biogaseinspeisegesetz schaffen, das Kosten tragende Vergütungen für die Einspeisung von Biogas in das Gasnetz gewährt und eine Pflicht zur Beimischung von Biogas einführt. Zusätzlich zu den heute schon wettbewerbsfähigen Biomasseheizungen aus Holz wollen wir ein Förderprogramm, das zum Ziel hat, in den nächsten zehn Jahren 100.000 Brennstoffzellen im Gebäudebereich zu installieren. Das soll die Vision kleiner dezentraler in virtuellen Kraftwerken vernetzter Stromproduzenten, die die Wärme lokal nutzen, verwirklichen und die weltweit führende Stellung des deut-

975 schen Heizungsanlagenbaus noch ausbauen. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien im Strom- und Wärmebereich muss beschleunigt fortgeführt werden. Der Vorsprung der deutschen Wirtschaft im Bereich der Windkraft, der solaren und geothermischen Nutzung für Kraftwerke, Heizungen und Kühlung, der Kleinwasserkraft und der Bioenergien muss konsequent genutzt werden, um im rasanten globalen Wettbewerb dieser wichtigen Zukunftsmärkte mithalten zu können. Auch neue Zukunftsmärkte, wie Meeresenergien, solarthermische Kraftwerke, solare Elektromobilität, Supraleitung, Thermo-
elektrik müssen aktiv in Forschung, Entwicklung und Markteinführung unterstützt werden, damit nicht andere Nationen diese zukunftssträchtigen Energiemärkte besetzen, obwohl Deutschland auch in diesen Bereichen heute schon mit Patenten führend ist. Mit konsequenter und verbesserter Fortführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, einem Wärmegesetz für Erneuerbare Energien und Unterstützungen für Nullemissionsmobilität wollen wir der Branche Erneuerbare Energien die Grundlagen geben für die versprochene Schaffung von 500.000 Arbeitsplätzen bis zum Jahr 2020.

Nach schwedischem Vorbild schlagen wir vor, alle größeren Tankstellen zur Einrichtung einer grünen Zapfsäule zu verpflichten, an denen Biodiesel, Biogas oder Bioethanol angeboten wird. Zugleich soll die Autoindustrie verpflichtet werden, Fahrzeuge anzubieten mit Antrieben, die für alternative Kraftstoffe geeignet sind. In der Perspektive bis 2020 müssen zwischen Politik und Wirtschaft Rahmenbedingungen verwirklicht werden, die die Nutzung von Wasserstoff auf regenerativer Energiebasis durch Automobile möglich machen. Eine entsprechende Infrastruktur entlang von ausgewählten Autobahnen und Großstädten müssen Automobil- und Energieindustrie gemeinsam schaffen.

Es kommt entscheidend darauf an, effiziente und rentable Innovationen noch schneller am Markt zu platzieren und kleine und mittlere Unternehmen dabei zu unterstützen, moderne Managementmethoden wie Zero-Loss-Management einzuführen. Dazu wollen wir Beratungs- und Finanzierungsangebote für Effizienztechnologien für kleine und mittlere Unternehmen und die Forschungsförderung in diesem Bereich ausbauen sowie Ressourceneffizienz zum Bestandteil aller betriebswirtschaftlichen und ingenieurtechnischen Ausbildungsgänge machen.

1000

3.2. Kohlesubventionen bis 2012 abschaffen

Wenn alle Eigner der RAG ihre Anteile in den Bilanzen tatsächlich auf den Wert von einem Euro nach unten korrigiert haben, bietet sich die Chance, die RAG von diesen abzutrennen und in eine Stiftung zu überführen. Zugleich müssen die dauerhaften Kosten der Steinkohleförderung für die öffentliche Hand (so genannte Ewigkeitskosten) und die laufenden Subventionen begrenzt werden. Wir schlagen daher vor, die Förderung bis 2012 zu beenden und die dann noch in der Steinkohle Beschäftigten in eine Arbeitsförderungsgesellschaft zu überführen. Die Abtrennung der von der Steinkohle unabhängigen Unternehmensteile soll so erfolgen, dass überlebensfähige Unternehmen entstehen können und im Zuge des Verkaufs oder Börsenganges hohe Zuflüsse an die Stiftung zur Finanzierung der „Ewigkeitskosten“ gesichert werden. Auch der Abbau anderer ökologisch schädlicher Subventionen, wie die Nichtbesteuerung von Flugbenzin, von Flugtickets, des Schiffsdiesels, des Mineralöleinsatzes in Raf-

finieren, des Erdgases in Autos etc. können die Steuereinnahmen erhöhen und gleichzeitig eine Lenkungswirkung hin zu Energieeinsparung und Erneuerbare Energien schaffen.

4. Potenziale aktivieren

4.1. Grüne Marktwirtschaft braucht Bildung

1025 Toleranz, Talente und Technologien machen das kreative Potenzial unseres Landes aus. Ohne Investitionen in Bildung und Forschung kann sich keine dieser drei Säulen der Kreativität ausbilden. Mangelnde Investitionen in diese Bereiche und Schwächen im Bildungssystem sind der begrenzende Faktor einer an sich unbegrenzten Ressource Wissen.

Eine innovative und leistungsfähige Wirtschaft braucht gut ausgebildete Menschen, die selbstverständlich an den Prozessen des lebenslangen Lernens teilnehmen. Dem Leitbild des ressourcenleichten Wirtschaftens entsprechend muss Nachhaltigkeit nicht nur als Bildungsinhalt, sondern auch als Bildungsziel in allen Stufen des Lernprozesses verankert werden. Deswegen setzen wir uns für ein Bildungssystem ein, das sowohl die finanziellen als auch die zeitlichen Ressourcen aller Beteiligten effizienter nutzt als bisher. Dazu gehört vor allem eine Lebenszeitpolitik, die sich am Prinzip des lebenslangen Lernens orientiert. Dazu darf Bildung nicht mehr auf das erste Lebensviertel reduziert bleiben, sondern müssen Bildungszeiten in allen Lebensphasen möglich sein und ihre Nutzung muss unterstützt werden.

Bei der Erstausbildung setzen wir uns für strukturelle Reformen in der beruflichen Bildung ein. Nur mit stärkerer Modularisierung und Flexibilisierung kann das duale System die zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre meistern. Dies sind vor allem höhere Anforderungen auf Grund der kontinuierlichen technischen Entwicklung, immer unterschiedlichere Voraussetzungen der Auszubildenden auf Grund der gesellschaftlichen Heterogenisierung und mehr Nachfrage in Dienstleistungsbereichen wie Pflege oder Gesundheit, die bisher rein schulisch ausgebildet haben. An die Stelle der bisherigen starren Arbeitsaufteilung zwischen Betrieb und Schule muss eine neue Dualität treten. Theoretisches und praktisches Lernen müssen flexibler auf das individuelle Lernvermögen ausgerichtet werden können. Für Lernschwächere müssen spezielle Lernschritte ermöglicht werden wie für Hochbegabte. Außerdem müssen die Übergängen und Anschlüsse zwischen Erstausbildung und Weiterbildung und die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen erleichtert und verbessert werden.

1050

Wissen ist eine unbegrenzte Ressource, die auch in anderen Teilen der Welt immer stärker zum konstitutiven Element der jeweiligen Volkswirtschaften wird. Angesichts des demografischen Wandels ist es entscheidend, dass die Unternehmen endlich erkennen, dass ihre ökonomische Zukunft von erfolgreichen Strategien des lebenslangen Lernens abhängt. Staatliche Rahmenbedingungen sind da notwendig, wo vor allem diejenigen stärker gefördert werden sollen, die bisher drastisch unterrepräsentiert sind.

tiert sind. Das sind vor allem Geringqualifizierte, Frauen in und nach der Familienphase, MigrantInnen und Ältere. Zentral ist aber, dass die Unternehmen, vor allem die KMU umdenken und die Weiterbildung als Kernelement ihrer betrieblichen Personalplanung viel stärker als bisher berücksichtigen. Nur gut qualifizierte Arbeitskräfte können Innovationen in der wirtschaftlichen Entwicklung leisten.

4.2. Corporate Governance verbessern

Die im Zuge der Skandale um Enron, Parmalat und Arhold auch in Deutschland durchgesetzten Veränderungen zu besserer Unternehmensführung („Corporate Governance“) reichen nicht aus. Positiv sind die Offenlegungspflichten für Bezüge von Managern und Aufsichtsräten bei großen Aktiengesellschaften. Aber vor allem bei der Struktur der Aufsichtsräte sind weitere Regelsetzungen notwendig. Obwohl die „Deutschland AG“ sich hinsichtlich der Beteiligungsverflechtungen in den letzten zehn Jahren in Auflösung befindet, beherrscht eine kleine Zahl von Managern an den Schaltstellen der Vorstände und Aufsichtsräte die Unternehmenslandschaft. Derzeit haben 18 Männer 180 Aufsichtsratsmandate. 15 der 30 mächtigsten Aufseher der „Methusalem-AG“ werden in den nächsten Jahren über siebzig Jahre alt sein. Wir wollen den Generationenwechsel nutzen und die Zahl der Aufsichtsratsmandate auf maximal 5 begrenzen. Gleichzeitig soll der Frauenanteil auf allen Ebenen der Unternehmen gesteigert werden. Um dieses Ziel zu flankieren, soll der bereits heute für die Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat gültige Schlüssel (Frauenanteil entsprechend des Anteils von Frauen an den Beschäftigten) auf das gesamte Gremium ausgedehnt werden.

1075

Zur verantwortungsvollen Unternehmensführung gehört für uns auch Transparenz mit Blick auf die erhaltenen europäischen Subventionen. Ganz gleich, ob Landwirtschaft, Strukturförderung oder Investitionszulagen, die SteuerzahlerInnen haben einen Anspruch darauf zu erfahren, in welchem Umfang der Staat die Unternehmen mit Subventionen unterstützt.

In Deutschland muss generell der Fokus auf ein nachhaltiges und verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln gelenkt werden, damit deutsche Unternehmen im europäischen und globalen Vergleich eine Vorbildfunktion im Bereich Corporate Social Responsibility übernehmen können.

4.3. Arbeitslose fördern

Der Abbau der Arbeitslosigkeit bleibt trotz einer erfreulichen Tendenz bei den Kurzeitarbeitslosen die zentrale gesellschaftliche Herausforderung. Der deutsche Arbeitsmarkt ist tief gespalten. Ausdruck dessen ist eine Reihe von Problemen, die sich vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung zu verschärfen drohen. Denn die Schrumpfung des Arbeitskräftepotenzials führt nicht zu einer „Selbsteilung“ der Arbeitslosigkeit, sondern – ohne entsprechende Vorkehrungen – zur Eskalation der Probleme. Davon betroffen wären durch den drohenden Fachkräftemangel der Arbeitsmarkt und die Wirtschaft. Auch die sozialen Sicherungssysteme sind durch die andauernde Ausgrenzung großer

1100

Gruppen vom Arbeitsmarkt in ihrer jetzigen Form gefährdet. Darum muss es ein wesentliches Ziel der Grünen Marktwirtschaft sein, auch Langzeitarbeitslosen und Geringqualifizierten neue Erwerbsperspektiven zu eröffnen und ihnen mehr Teilhabe- und Zugangschancen zu schaffen. Dazu bedarf es der zielgerichteten Aktivierung und Förderung der Potenziale dieser Menschen. Fast zwei Jahre nach dem Inkrafttreten von Hartz IV gilt jedoch: Das Prinzip „Fördern“ ist ein nicht eingelöstes Versprechen. Stattdessen entwickelt sich Hartz IV unter der Aegide der schwarzroten Bundesregierung zu einem neuen Strafgesetzbuch. Zunehmende Leistungseinschränkungen und Sanktionsausweitungen zielen aufs Fordern, lassen das Fördern aber immer mehr in den Hintergrund treten. Das muss sich ändern.

Die Eingliederungs- und Qualifizierungsbemühungen müssen endlich den notwendigen Stellenwert bekommen und das Fördern in den Mittelpunkt der Arbeit der Arbeitsagenturen, Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen gerückt werden. Dazu muss das zur Verfügung stehende Integrationsbudget ausgeschöpft und für sinnvolle Eingliederungsinstrumente eingesetzt werden. Besonders schwer vermittelbare Arbeitslose müssen von Anfang an intensiv betreut und gefördert werden. Hier steht insbesondere die Bundesagentur für Arbeit in der Pflicht, bereits im Arbeitslosengeld I mehr als bisher für diesen Personenkreis zu tun.

Erwerbstätigkeit ist in unserer Gesellschaft ein wichtiger Faktor zur individuellen Selbstverwirklichung und der sozialen Integration. Dies wird auch zukünftig so bleiben. Vielen Arbeit Suchenden können wir mit gezielter Förderung Brücken in den ersten Arbeitsmarkt bauen. Daneben brauchen wir aber auch Angebote für Arbeit Suchende, die unter den derzeitigen Rahmenbedingungen auf unabsehbare Zeit nicht in den ersten Arbeitsmarkt integrierbar sein werden. Deshalb machen wir uns für die Schaffung von öffentlich finanzierten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen für diese Menschen stark. Es soll ein verlässliches Segment sozialer Beschäftigung für diese Gruppe von etwa 400.000 Langzeitarbeitslosen geschaffen werden. Die Beschäftigung kann zum Beispiel im Rahmen von Assistenzen in der Pflege, in Kindergärten oder auch bei Hausmeistertätigkeiten stattfinden. Dafür können aber auch Integrationsfirmen nach Vorbild der Arbeitsmarktintegration von Behinderten geschaffen werden, die marktnahe Beschäftigung mit guten Integrationschancen zur Verfügung stellen.

1125

Mit einer auf Integration und Teilhabe ausgerichteten Arbeitsmarktpolitik unterscheiden wir uns sowohl von einer reinen Marktersatz-Strategie der Linkspartei als auch von einer Politik der Privatisierung des Arbeitslosigkeitsrisikos, wie sie in den Forderungen nach einer (weitgehenden) Abschaffung der aktiven Hilfen seitens der FDP und CDU/CSU zum Ausdruck kommt. Wir wollen das Förder-Versprechen einlösen und Brücken in reguläre Beschäftigung bauen.

4.4. MitarbeiterInnen an Unternehmen beteiligen

Ohne motivierte und engagierte MitarbeiterInnen kann sich heutzutage kein Unternehmen im globalen Wettbewerb behaupten. Bestandteil einer modernen Unternehmenskultur sollte es deshalb sein, Mit-

arbeiterInnen in Unternehmensentscheidungen einzubinden und am Erfolg teilhaben zu lassen. Immaterielle und materielle Beteiligung bedingt und befördert sich dabei wechselseitig.

Mitarbeiterbeteiligung dient dem Ziel einer Teilhabegesellschaft mit einem möglichst hohen Grad an Partizipations- und Mitentscheidungsmöglichkeiten des Einzelnen in allen Gesellschaftsbereichen. Wir wollen MitarbeiterInnen zu MitunternehmerInnen und zu Mitentscheidern machen. Nötig ist es hierzu, die MitarbeiterInnen nicht nur an den Gewinnen, sondern auch an „ihrem“ Unternehmen selbst zu beteiligen.

1150 In Deutschland sind Modelle der MitarbeiterInnenbeteiligung im internationalen Vergleich eher selten und dies trifft leider insbesondere auf kleine und mittlere Unternehmen zu. Eine partizipativere Unternehmenskultur kann aber weder verordnet noch herbeisubventioniert werden, vielmehr bedarf es einer partnerschaftlich ausgerichteten Grundphilosophie bei allen Beteiligten. Deshalb wollen wir ein gesellschaftliches Signal für mehr Mitarbeiterbeteiligung setzen. Vorurteile auf beiden Seiten müssen überwunden, bürokratische Hürden beseitigt und Best-Practice-Beispiele stärker verbreitet werden. Wir wollen Investivlöhne stärker als Kriseninstrument entwickeln und bei den Unternehmen dafür werben, Aktienoptionspläne nicht nur den Führungskräften, sondern allen MitarbeiterInnen anzubieten, wie dies bei Volkswagen heute schon geschieht. Um das Risiko für die ArbeitnehmerInnen zu begrenzen, muss eine Insolvenzversicherung verbindlich für die Modelle vorgeschrieben werden, bei denen eine staatliche Förderung in Anspruch genommen wird.

4.5. Frauen an die Macht - Schluss mit Monokultur

1175 Ein grünes Wirtschaftswunder ist ohne eine verstärkte Beteiligung von Frauen nicht zu erreichen. Schon das erste Wirtschaftswunder wäre ohne die Leistungen der Frauen in der Nachkriegszeit nicht denkbar gewesen. Angesichts des Widerspruchs von exzellenten Leistungen in Schulen und Hochschulen und der eklatanten Unterrepräsentanz von Frauen bei führenden Positionen in Wirtschaft und Wissenschaft müssen wir die Verschwendung eines großen Innovationspotenzials infolge der systematischen Benachteiligung gerade auch der hoch qualifizierten Frauen endlich beenden. Deutschland ist weltweit Schlusslicht bei Frauen in Führungspositionen, noch hinter Saudi-Arabien. Weniger als 10 Prozent der 80.000 Führungspositionen in deutschen Unternehmen sind mit Frauen besetzt. In den hundert größten Unternehmen ist nur eine Frau in führender Position, in den DAX 30 Unternehmen findet sich in den obersten Gremien keine einzige weibliche Führungskraft. Angesichts der demographischen Entwicklung ist diese bornierte Benachteiligung von Frauen nicht nur eine individuelle Ungerechtigkeit, sondern eine Verschwendung von Begabungsreserven und schon heute ein veritables Innovationsdefizit. Wir können uns Monokultur in Wirtschaft und Wissenschaft nicht leisten. Nicht ohne Grund titelt die Financial Times vom 28. August 2006: „Feminism makes cents“. Dass Frauen in Führungspositionen erfolgreich sind, zeigt der Blick auf die FT TOP 25-Liste europäischer Managerinnen.

Eine Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit bringt für die Wirtschaft insgesamt positive Beschäftigungseffekte mit sich. So steigt beispielsweise die Nachfrage nach Konsumgütern, öffentlichen Diensten (Kinderbetreuung etc.) oder haushaltsnahen Dienstleistungen. Damit mehr Frauen arbeiten, bedarf es aber einer gerechten Bezahlung. Hier zeigt sich eines der sichtbarsten Zeichen von Diskriminierung: die unterschiedliche Entlohnung von Frauen und Männern. Vollzeitbeschäftigte Männer erzielen rund 27 Prozent mehr Einkommen im Monat als ihre weiblichen Kolleginnen – schlechter stehen Frauen nirgends in Europa da. Im Bereich umfassender Führungsaufgaben ist die Differenz mit 33 Prozent sogar noch größer. Wir fordern daher eine verbindliche Regelung bezüglich der gleichen Entlohnung von Frauen und Männern in deutschen Unternehmen. Bei Nichteinhaltung müssen die Unternehmen mit entsprechenden Sanktionen belegt werden. Deshalb soll die Vorschrift im Artikel 141 des EG-Vertrages („Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“) künftig nicht mehr nur individuell gerichtlich durchgesetzt werden können, sondern auch auf dem Wege der Verbandsklage. Sollten die Unternehmen ihre unverbindlich eingegangenen Absichtserklärungen zur angemessenen Beteiligung von Frauen in den nächsten Jahren weiter so verfehlen, ist hier der Gesetzgeber gefordert, Regelungen nach norwegischem Vorbild einzuführen.

Das faktisch als Subvention der Hausfrauenehe und von Teilzeitarbeit fungierende Ehegattensplitting muss abgebaut werden. Wir wollen die frei werdenden Mittel für einen Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für Kinder einsetzen. Frauen und Männer müssen Kinder und Karriere besser vereinbaren können.

Frauen sind auch im Wissenschaftsbereich unterrepräsentiert. Die Beseitigung der Unterrepräsentanz von Professorinnen ist ein wesentlicher Ansatzpunkt für die Herstellung von Chancengleichheit. Um diese Lücke zu schließen, fordern wir, dass die Vergabe von Forschungsmitteln zukünftig an die Beteiligung von Frauen gekoppelt wird.

1200

4.6. UnternehmerInnen stärken

Neben den fast 300.000 GmbHs mit einem Jahresumsatz von unter 500.000 € gibt es 400.000 Personengesellschaften. Diesen Personenkreis selbstständiger UnternehmerInnen wollen wir stärken. Am Leitbild der Selbstbestimmung orientiert, brauchen wir Reformen, die die Freiheit und Sicherheit der Selbstständigen vergrößern, um deren Risikobereitschaft und Kreativität zu einer optimalen Entfaltung zu bringen. Die Reformen müssen sich außerdem an den Bedürfnissen kleiner und neuer Unternehmen orientieren. Um die Gründung von Unternehmen in Deutschland zu erleichtern, gilt es, unser Gesellschaftsrecht zu entrümpeln und flexibler zu gestalten. Die Gründung einer GmbH muss erleichtert werden. Das Mindeststammkapital wollen wir auf den symbolischen Betrag von einem Euro absenken. Dazu wollen wir eine Personengesellschaft mit beschränkter Haftung (PmbH) neu einführen. Auch die PmbH-Gründung wird mit einem Euro Mindeststammkapital möglich sein. Mit der PmbH wird die Haftungsbeschränkung in einer Personengesellschaft für UnternehmerInnen erleichtert. Diese Rechtsform wird Attraktivität bei Neugründungen, kleineren GmbHs und Freiberuflern entfalten. Zu-

sätzlich zum Gesellschaftsrecht soll auch die soziale Absicherung von Unternehmen verbessert werden, indem auch Kleinselbstständigen die Möglichkeit eingeräumt wird, bei ihrer Altersvorsorge von der steuerlichen Riesterförderung zu profitieren. Die darüber hinaus vom Kabinett beschlossene bessere steuerliche Förderung der Basis-Rente („Rürup-Rente“), von heute 62 Prozent auf eine volle steuerliche Absetzbarkeit der Vorsorgeaufwendungen bis zu einer Höhe von 20.000 € (Verheiratete 40.000 €) in 2025 wollen wir schon 2020 erreichen. Zugleich sollen die Erträge aus dieser Vorsorge nicht erst ab 2040, sondern schon ab dem Jahr 2035 voll besteuert werden.

1225

Die Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit ist eine der erfolgreichsten arbeitsmarktpolitischen Strategien der letzten Jahre, das zeigt die jüngste Hartz-Evaluierung. Durch die Abschaffung der Ich-AG und die Neustrukturierung des Überbrückungsgelds zum so genannten Gründungszuschuss wird der Zugang zur Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit wieder verengt. Das ist ein Fehler, denn angesichts der wachsenden Unstetigkeit der Erwerbsverläufe, wird das Potenzial derjenigen, für die eine Existenzgründung dauerhaft oder temporär eine echte Alternative darstellen wird, größer und nicht kleiner werden. Dies gilt auch im Hinblick auf neue Chancen für ältere ArbeitnehmerInnen, für die eine Existenzgründung zunehmend eine Rolle spielen wird und für Frauen, die überdurchschnittlich häufig die Ich-AG als Variante aus der Arbeitslosigkeit gewählt haben. Für sie müssen wir wieder neue Möglichkeiten und passgerechte Zugänge schaffen. Dass der Wille zur Existenzgründung besteht, sieht man nicht zuletzt auch an den beeindruckenden Zahlen der professionellen e-bay-HändlerInnen – hier ist Deutschland sogar an der Spitze.

Zu dem Kreis von Unternehmen zählen wir auch gemeinnützige sowie Unternehmen des non-profit Sektors, die sich in sozialen, ökologischen oder kulturellen Bereichen selbstständig machen. Gerade gemeinnützige UnternehmerInnen tragen soziale Verantwortung, können wichtige Funktionen bei der Umsetzung von Konzepten wie z.B. der „grünen Kinderkarte“ übernehmen und tragen zur sozialen Modernisierung des Staates bei.

Mit den neuen Möglichkeiten des Gesellschaftsrechts (Vereinfachung der GmbH-Gründung, ein Euro Mindestkapital und Einführung der PmbH) steht der bisherigen Ich-AG eine gute Auswahl von Rechtsformen zur Verfügung, so dass diese Namensgebung entfallen kann. Wir wollen die Beratung und Lebensunterhaltssicherung in der Gründungsphase ausweiten. Wir fordern deshalb eine Ausweitung des Zuganges zu Beratungs- und Förderprogrammen für alle Gründungsinteressierten sowie eine Qualitätssteigerung der Gründungsberatung. Der Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen muss für Kleinselbstständige ebenfalls erweitert werden.

1250

Wir wollen Förderkredite für kleine und mittlere Unternehmen über ein neues KfW-Online-Banking-Angebot für den Mittelstand unbürokratisch den Unternehmen anbieten. Derzeit scheitert der Zugang vieler kleiner und mittlerer Unternehmensgründer und Unternehmer zu Förderkrediten daran, dass Banken und Sparkassen die Kreditbearbeitung übernehmen und sich mit mindestens 20 Prozent an der Kreditsumme beteiligen müssen. Für die Hausbanken ist dieses Geschäft jedoch häufig nicht interessant. Viele Finanzierungen gerade im Kleinstkreditbereich bis zu 50.000 € scheitern am Hausban-

kenprinzip. Mit einem neuen Online-Banking-Angebot der bundeseigenen KfW könnten diese Kredite ohne Hindernis angeboten werden. Das zusätzliche Risiko müsste vom Bund getragen werden. Die Beratungsinstitutionen der Kammern, Länder und Kommunen könnten eng mit der Bank zusammenarbeiten. Bei direktem Beratungsbedarf zwischen KfW und Kreditnehmern könnte das Filialnetz der bundeseigenen Deutschen Industriebank genutzt werden.

Bündnis 90/Die Grünen wollen Innovationen in allen Bereichen – auch in den virtuellen. Nach dem Platzen der Internet-Blase 2001 sind in den letzten Jahren viele, neue und spannende Internet-Unternehmen entstanden. Die häufigsten Trends kommen allerdings aus den USA, hierzulande mangelt es noch am Mut der Kapitalgeber. Doch Flickr und YouTube werden wohl nur der Anfang sein. Web 2.0 steht für eine neue Form von Toleranz im Netz, die zeigt, wie fruchtbar Vielfalt sein kann, wenn sie entsprechend genutzt und geleitet wird. Hier vereinen sich Toleranz, Technologien und Talente zu Innovationen, die sie wiederum selbst generieren. Die Zeiten der lokalen Datenhaltung gehen zu Ende, die Inhalte liegen im Netz – für alle diejenigen, die auch die entsprechenden Zugriffsmöglichkeiten haben. Auch deshalb ist ein zügiger Ausbau des superschnellen Internets unabdingbar, denn Innovationen brauchen Wettbewerb. Die Auswirkungen einer Bevorzugung der Telekom zu Lasten des Wettbewerbs würden weit über den Telekommunikationssektor reichen und Innovationen gerade in ländlichen Regionen behindern. Kritisch bleibt die personalisierte Verwendung von Daten, hier wollen wir mehr Schutzrechte für die VerbraucherInnen.

1275

4.7. Grüne Marktwirtschaft braucht Internationalität

Ethnische Ökonomie stellt in Deutschland einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Bei uns gibt es ca. 300.000 selbständige MigrantInnen, die ca. eine Million Menschen in Deutschland beschäftigen. Die ausländischen UnternehmerInnen erwirtschaften jährliche Umsätze von ca. 17 Milliarden €. Insgesamt zahlen alle in Deutschland lebenden AusländerInnen pro Jahr rund 50 Milliarden € an Steuern und Sozialabgaben und tragen damit positiv zu den Einnahmen des Staates und der sozialen Sicherungssysteme bei.

Während sich das Arbeitsplatzvolumen deutscher Unternehmen zwischen 2003 und 2004 um ein Prozent reduziert hat, konnten die Unternehmen von MigrantInnen in derselben Zeit Beschäftigung aufbauen. Da das Potenzial selbständiger Personen auf Grund der demographischen Entwicklung in Deutschland weiterhin sinken wird – das Ifo-Institut geht von einem Rückgang der Selbständigen bis 2050 von 28,7 Prozent aus -, ist die Entwicklung der ethnischen Ökonomie für Deutschland umso wichtiger. Aber es gibt erhebliche Defizite, die diesen für die deutsche Wirtschaft nicht unwichtigen MigrantInnen-Gründerboom gefährden könnten. So erhalten beispielsweise Deutsche im Verhältnis dreimal mehr staatliche Fördermittel als MigrantInnen. Außerdem besteht bei vielen gründungswilligen MigrantInnen ein unzureichendes Qualifikationsniveau, und es fehlt an Beratungs- und Informations-

angeboten. Ein weiteres Kernproblem ist die insgesamt viel zu niedrige Anzahl von hoch qualifizierten Einwanderern in Deutschland.

1300

Wir fordern daher eine gezielte Einwanderungssteuerung mit verringerten Bürokratie-Hürden, insbesondere für einwandernde höher Qualifizierte und ExistenzgründerInnen. Wir wollen die Einführung des von uns geforderten Punktesystems über das nach Festlegung eines Kontingentes besonders qualifizierte Einwanderer nach Deutschland kommen können. Außerdem sollte die Einkommensschwelle für hoch qualifizierte Einwanderer von derzeit 84.000 € auf ca. 35.000 € gesenkt werden. Wir wollen ferner den Zugang zu Arbeit und Selbständigkeit für MigrantInnen in Deutschland entbürokratisieren, indem im Ausland erworbene Berufsbildungsabschlüsse mit deutschen Abschlüssen vergleichbar und daher auch verwertbar sind. Wir setzen uns dafür ein, dass das Beratungs- und Informationsangebot auch explizit auf gründungswillige MigrantInnen zugeschnitten wird. Und wir fordern die Verbände und Kammern auf, sich nicht nur für Menschen mit Migrationshintergrund zu öffnen, sondern sich auch aktiv um deren Mitarbeit zu bemühen.

4.8. Kultur prägt Grüne Marktwirtschaft

Mit einem Umsatz von ca. 73,7 Milliarden € ist die Kulturwirtschaft in Deutschland europaweit führend. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt erzielt die Kulturwirtschaft einen Anteil von 1,6 Prozent, dies entspricht einer Bruttowertschöpfung von 35 Milliarden €. Kulturwirtschaft ist damit auch in Deutschland ein Wirtschaftsfaktor von Rang, der viele Arbeitsplätze – gerade für Selbständige bietet und damit enormes Beschäftigungspotential birgt. Darüber hinaus ist Kulturwirtschaft mit ihren kreativen „Erzeugnissen“, „Produkten“ und Projekten im Sinne gesellschaftlicher Innovation zu begreifen.

1325

Um die Kulturwirtschaft und deren hohes Leistungsvermögen für die Zukunft weiter zu stärken, bedarf es auf allen Ebenen einer aktiven und integrierten Kultur- und Wirtschaftspolitik. Zur Erarbeitung entsprechender Strategien und Projekte sind Kooperationen und Partnerschaften zwischen unterschiedlichen Politikfeldern ebenso erforderlich wie der Zugriff auf neue Fördermöglichkeiten. So ist beispielsweise dem Kulturwirtschaftssektor mit der Reform des EU-Strukturfonds ein neuer Stellenwert eingeräumt worden. Nun muss auf europäischer Ebene, aber auch in den Mitgliedstaaten dafür gesorgt werden, dass die Mittel der Strukturfonds zur Förderung dieses Sektors eingesetzt werden.

Ein Blick auf die kreativen Zentren weltweit verdeutlicht, dass die meisten wirtschaftlichen Wachstumsregionen auch ein vielfältiges kulturelles Angebot aufbieten können. Kultur ist das Bindeglied zwischen Talenten, Toleranz und Technologien und wird von diesen Begriffen zugleich entscheidend mit geprägt. Grüne Marktwirtschaft erkennt das Potenzial der Kulturwirtschaft und seinen Beitrag zur Schaffung von Werten.

5. Innovation anstoßen

5.1. Fortschritt Ost

Die drei Standortfaktoren „Technik, Talent und Toleranz“ sind in Ostdeutschland von besonderer Relevanz. Zwar haben viele der Neuen Bundesländer dank ihrer innovativen Unternehmen in den Bereichen moderner Technologien den Standortfaktor „Technologie“ durchaus positiv besetzt, aber auf Grund der hohen Fluktuation von besser Qualifizierten und den enormen Problemen hinsichtlich kultureller Diversität besteht in Ostdeutschland bei den Standortfaktoren „Talent“ und „Toleranz“ auch vor dem Hintergrund von Wahlerfolgen der Neonazis besonderer Handlungsbedarf.

1350 Wir brauchen mehr Unternehmertum in Ostdeutschland. Die Kultur der Selbständigkeit ist hier noch weniger ausgeprägt als in Westdeutschland. Jeder Zweite, der in Ostdeutschland ein Unternehmen gründet, war zuvor arbeitslos. Die Ich-AG als Instrument zur Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit ist in Ostdeutschland sehr gut angenommen worden. Dadurch konnten viele ihren Transferleistungsbezug nach erfolgreicher Gründung dauerhaft beenden oder zumindest mittelfristig ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt steigern. Umso restriktiver trifft gründungswillige Arbeit Suchende in Ostdeutschland das Auslaufen der Ich-AG und die Verengung der Möglichkeiten auf den so genannten Gründungszuschuss. Dessen Ausgestaltung wird insbesondere Frauen und Bezieher von Arbeitslosengeld I in geringer Höhe zukünftig von der Umsetzung einer Gründungsidee abhalten. Dass bereits kurz nach Auslaufen der Ich-AG die Gründungsförderungen durch die Bundesagentur für Arbeit um zwei Drittel zurückgegangen sind, bestätigt diese Prognosen. Wir wollen deshalb den Zugang zur Gründungsunterstützung wieder für möglichst viele öffnen. Statt die Fördermöglichkeiten zu begrenzen, muss es jetzt gelingen, dass das Unternehmertum in Ostdeutschland durch eine nachhaltige Gründungspolitik weiter gefördert wird. Dazu muss die „Inkubationsphase“ der Gründung durch eine ganzheitliche Förderstruktur unterstützt werden. Wir wollen das Beratungsangebot für ExistenzgründerInnen aus der Arbeitslosigkeit weiter verbessern, aber auch andere GründerInnen stärker fördern. Um dem Problem des demographischen Wandels und der zunehmenden Abwanderung Qualifizierter entgegen zu wirken, sollte die Förderstruktur in Ostdeutschland gezielt materielle Anreize für gründungsinteressierte RückkehrerInnen setzen. Die Finanzierungsmöglichkeiten für Neugründungen müssen dahingehend verbessert werden, dass unbürokratische Gründerdarlehen angeboten werden, beispielsweise über eine Onlinekreditbank der KfW. Die Förderung sollte sich in drei Phasen aufteilen, eine Orientierungsphase (mit Erstberatung), eine Gründungsphase (mit Gründungsberatung und Weiterbildung) sowie eine Coachingphase, als nachhaltige Begleitung nach der Unternehmensgründung. Das von uns vorgeschlagene Gesellschaftsmodell der so genannten PmbH wird auch bei den Neugründungen in Ostdeutschland seine Wirkung entfalten, weil es einfach und unbürokratisch ist und Freiheiten in den Bereichen Haftung und Steuern birgt.

1375 Wir halten die bisherige Wirtschaftsförderung Ost über das Instrument der Investitionszulage für falsch. Anerkannte Wirtschaftsforschungsinstitute und Fachleute haben darauf hingewiesen, dass die Investiti-

onzulage auf Grund des Rechtsanspruchs kaum Steuerungsmöglichkeiten bietet und zu viele Mitnahmeeffekte erzeugt. Wir fordern, die für das Investitionszulagengesetz vorgesehenen Mittel in vollem Umfang der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GA Ost) zur Verfügung zu stellen. Die GA Ost ist für eine regional abgestimmte Wirtschaftsförderung besser geeignet und hat sich im Hinblick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen als effektiver erwiesen.

5.2. Deutschland soll zum besten Venture Capital Standort der Welt werden

Deutschland kann als Hochlohnland nur durch Technologievorsprünge wettbewerbsfähig bleiben. Deshalb sind beste Bedingungen für Innovationen existenziell. Mittelfristig drohen zurückgehende Forscherzahlen auf Grund des demographischen Wandels das Innovationspotential der deutschen Volkswirtschaft zu begrenzen, sofern es nicht gelingt, die Zahl der HochschulabsolventInnen insbesondere in den technischen Fächern drastisch zu erhöhen und mehr Frauen in technischen Berufen Chancen zu eröffnen.

Derzeit hat Deutschland eine Spitzenstellung bei der Anmeldung von Patenten, auch wenn es problematisch ist, dass die Zahl der Patentanmeldungen von kleinen und mittleren Unternehmen rückläufig ist. Auch die Infrastrukturen für den Technologietransfer schneiden im internationalen Vergleich gut ab. Die Lücke liegt beim Kapital. Es fehlt das Kapital, um über Ausgründungen Forschungsergebnisse zu marktfähigen Produkten und Verfahren weiterentwickeln zu können, insbesondere bei einem Kapitalbedarf im Segment zwischen 100.000 und 3.000.000 €. Innovative High-Tech-Unternehmen werden in der Wissensgesellschaft nicht mit Krediten, sondern durch Beteiligungskapital finanziert, denn Kredite benötigen Sicherheiten. Der Begriff Innovation darf dabei nicht auf technische Erfindungen verengt werden. Auch neue Geschäftsmodelle sind beispielsweise wichtige Innovationen. Technisches Know-how ist als Sicherheit schlecht geeignet, denn es kann nur sehr schwer bewertet werden. Investitionen in Zukunftstechnologien sind risikoreich, erlauben aber im Erfolgsfall extrem hohe Gewinne. Wir wollen staatliche Förderung von der Risikominimierung, bei der die KfW sich an einem Unternehmen beteiligt, wenn ein privater Investor das mindestens in gleicher Höhe auch tut, durch staatliche Venture-Capital-Beteiligungsprogramme etwa durch die Beteiligungsfinanzierung der KfW in Richtung optimale steuerliche Rahmenbedingungen verändern. Steuerliche Förderung von innovativen Unternehmensgründungen macht auch deswegen Sinn, weil damit heute die Grundlagen für höhere Steuereinnahmen morgen gelegt werden.

1400

In Deutschland wird die Gründung innovativer Unternehmen und damit die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze durch die Probleme beim Zugang zu Beteiligungskapital massiv erschwert. Zurzeit wird in Deutschland innerhalb von zwei Jahren weniger Risikokapital in neue Ideen investiert als in Silicon Valley im Laufe eines Monats, denn die steuerlichen Rahmenbedingungen für die Beteiligung an innovativen High-Tech-Unternehmen sind in Deutschland im internationalen Vergleich sehr schlecht. Durch die Einschränkung steuerlicher Gestaltungsmöglichkeiten wurden sie in den letzten Jahren weiter reduziert. Wir wollen diese Entwicklung umdrehen und Deutschland zum international attrak-

tivsten Standort für Venture-Capital machen. Dazu wollen wir das Gesetz für Unternehmensbeteiligungsgesellschaften umfassend modernisieren und die steuerlichen Bedingungen für die Finanzierung innovativer Unternehmen verbessern. Diese steuerlichen Sonderregelungen wollen wir auf Wagniskapital für innovative Technologieunternehmen fokussieren, um keine neuen Steuergestaltungsspielräume zu schaffen. Damit bliebe der Missbrauch ausgeschlossen, zugleich würden aber im Sinne von Innovationen und Arbeitsplätzen dringend notwendige Investitionen ermöglicht. Der Unternehmensgegenstand von Unternehmensbeteiligungsgesellschaften sollte ausschließlich der Erwerb, das Halten, die Verwaltung und die Veräußerung von Wagniskapitalbeteiligungen sein.

1425

Für Unternehmensbeteiligungsgesellschaften müsste die uneingeschränkte Verrechnung von Gewinnen mit Verlusten aus verschiedenen stillen Beteiligungen ermöglicht werden. In der Regel sind nur zwei bis drei von zehn Investitionen in junge Technologieunternehmen erfolgreich. Verluste und Gewinne müssen zwischen den einzelnen Beteiligungen verrechnet werden können. Alles andere führt zu einer drastischen Senkung der Rentabilität der Investitionen und macht Deutschland für VC unattraktiv.

UBG-finanzierte Unternehmen sollten ihre Verluste zeitlich und in der Höhe unbeschränkt vortragen und mit Gewinnen verrechnen können. Die Begrenzung des Verlustabzugs oberhalb einer Freigrenze von einer Millionen € auf 60 Prozent des Gesamtbetrags der Einkünfte führt dazu, dass Unternehmen, die noch keine Gewinne machen, Steuern zahlen müssen. Gerade in Hochtechnologien muss auf fünf Jahre oder länger verlustreich investiert werden, bevor ein innovatives Unternehmen Gewinne macht.

Die derzeitigen Regelungen führen dazu, dass Verlustvorträge bei Mehrheitswechseln und bei dem Verkauf von jungen Technologieunternehmen an strategische Investoren verloren gehen, obwohl hier sicher kein Missbrauch erkennbar ist. Es ist Kern des Geschäftsmodells Venture Capital, das der Beteiligungskapitalgeber nach einer gewissen Zeit seine erfolgreichen Investments verkauft, um neu zu investieren. Dabei muss das Geschäft noch nicht so weit entwickelt sein, dass bereits Gewinne gemacht werden. Verluste müssen daher auch beim Verkauf übertragen werden können. Die Mitnahme von Verlusten bei Anteilsübernahme von mehr als 50 Prozent und Neuinvestition von Kapital muss ermöglicht werden.

1450

Unternehmensbeteiligungsgesellschaften nach dem Unternehmensbeteiligungsgesetz sollten als vermögensverwaltende Tätigkeit eingestuft werden, nicht als gewerbliche Tätigkeit. Damit wird eine transparente Besteuerung erreicht, wie sie derzeit schon bei Aktienfonds gilt. Das würde bedeuten, dass auf der Fondsebene keine Besteuerung stattfindet. Sie würde auf Unternehmens- und auf Anteilseignerebene geschehen.

5.3. Nachhaltigkeit bei Öffentlichen Finanzen

Nachhaltigkeit im Zusammenhang öffentlicher Finanzen bedeutet, die finanziellen Lasten aus der Staatsverschuldung für zukünftige Generationen zu minimieren. Selbst ohne die Aufnahme neuer Kredite würde angesichts einer sinkenden Bevölkerungszahl die Pro-Kopf-Verschuldung weiter ansteigen. Daher muss Nachhaltigkeit in der Haushaltspolitik sowohl die Sicherung der Einnahmen als auch ein Element der Ausgabenkürzungen beinhalten, um die Entwicklung der Ausgaben an die Entwicklung der Einnahmen anpassen zu können. Um die langfristige Tragfähigkeit des Bundeshaushalts zu garantieren und die rechtliche Bindung zu verringern, bedeutet dies, dass es Perioden mit Einnahmeüberschüssen geben muss.

Die galoppierende Staatsverschuldung zeigt, dass die vorhandenen institutionellen Schranken im Grundgesetz nahezu wirkungslos sind. Es bedarf einer Neuausrichtung und einer stärkeren Verbindlichkeit der institutionellen Rahmenbedingungen. Eine Ausgabenregel, die an die Entwicklung der Einnahmen gekoppelt ist, trägt dazu bei, eine größere Verbindlichkeit bei der Begrenzung der Neuverschuldung zu erreichen. Gleichzeitig ist jedoch auch sicherzustellen, dass diese Regel makroökonomische Aspekte berücksichtigt. In Zeiten eines konjunkturellen Abschwungs müssen Ausgaben relativ zu den Einnahmen steigen können. In Zeiten des konjunkturellen Aufschwungs jedoch sind verbindliche Konsolidierungsmaßnahmen notwendig. Einen solchen Regelmechanismus besitzt beispielsweise die Schweizer Schuldenbremse.

1475

Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass der sachlogische Zusammenhang zwischen der Höhe der Investitionen und der Höhe der Nettokreditaufnahme, der in Art. 115 GG postuliert wird, nicht vollständig herstellbar ist. Das Konzept der wachstums- und nachhaltigkeitswirksamen Ausgaben (WNA) kann einen Ausweg aus diesem Dilemma eröffnen. Die Strukturierung des Haushalts gemäß dieser Idee ermöglicht es, aussagekräftigere Haushaltskennzahlen zu entwickeln. Mittels derer kann kontrolliert werden, wie die Verlagerung von Ausgabenschwerpunkten die Zukunftsgerichtetheit des Haushalts erhöht oder vermindert.

Besonders die Maßgaben des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, namentlich die Stabilität des Preisniveaus, ein hoher Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und angemessenes Wirtschaftswachstum (Magisches Viereck), müssen um die Zielvorgabe Nachhaltigkeit des Wirtschaftens ergänzt werden (Magisches Fünfeck).

5.4. Grüne Industriepolitik

Deutschland befindet sich seit einigen Jahren in einem dynamischen Strukturwandel von der Industriegesellschaft zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft. Wettbewerbsvorteile hat unser Land vor allem bei wissens- und technologieintensiven Produkten. Besonders von der Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten hat die deutsche Wirtschaft profitiert. Sie konnte durch den Einkauf kos-

1500

tengünstiger Vorleistungen ihre Situation im internationalen Wettbewerb verbessern und mehr Wertschöpfung nach Deutschland holen. Grüne Industriepolitik berücksichtigt den Zusammenhang von Industrie- und Dienstleistungen im Prozess der europäischen Integration. Innovative wissensgetriebene Dienstleistungen brauchen die Verbindung zur Industrie. Der europäische Binnenmarkt ermöglicht die Nutzung der komparativen Vorteile der verschiedenen Mitgliedsstaaten. Grüne Industriepolitik schafft einen wettbewerblichen Ordnungsrahmen für Zukunftsindustrien. Sie ist keine traditionelle Industriepolitik, aber sie berücksichtigt die Auswirkungen der sektoralen Politiken auf die einzelnen Branchen und nutzt wettbewerbliche Instrumente um Deutschland zum führenden Markt für Zukunftsindustrien zu machen. Der Markteinführungsmechanismus des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), mit dem Deutschland zum weltweit führenden Produzenten regenerativer Energiesysteme geworden ist, wird von immer mehr Staaten übernommen.

Wir wollen das deutsche EEG weiterentwickeln und z.B. Offshore-Windanlagen stärker fördern um sicherzustellen, dass die deutsche Wirtschaft bei Erneuerbaren Energien und Ressourceneffizienz führend bleibt. Aus der Konzentration auf ressourcenleichtes Wirtschaften, unserem Eintreten für fairen Wettbewerb, der Stärkung der Verbraucherrechte sowie der Unterstützung offener Märkte zeichnen sich die Konturen einer grünen Industriepolitik ab. Wir wollen die politischen Rahmenbedingungen schaffen, die Ressourceneffizienz fördern und die Dynamik der Ökologisierung unserer Wirtschaft weiter beschleunigen. Wenn angesichts der aktuellen Krise am Gasmarkt 81 Prozent der Deutschen angeben, regenerative Energien seien die richtige Antwort, zeigt das, welchen Rückhalt unsere Strategie hat.

1525

Die Potenziale der Weißen Biotechnologie, die mit Hilfe von Enzymen und anderen Biokatalysatoren bei geringerem Energiebedarf und weniger Abfällen auf Basis nachwachsender Rohstoffe Produkte der Feinchemie hervorbringen kann, wollen wir stärker nutzen. Grüne Industriepolitik muss mit Herstellern von Massengütern, die zur Nutzung in privaten Haushalten bestimmt sind, erreichbare Ziele zur Steigerung der Ressourcen- bzw. Energieeffizienz vereinbaren. Angesichts der langen Liste gescheiterter Selbstverpflichtungen, in die sich bald die Verpflichtung der europäischen Automobilkonzerne einreihen wird, ab 2008 weniger als 140g CO₂ pro Kilometer über die gesamte Flotte zu emittieren, treten wir für verbindliche rechtliche Regelungen ein. Klare staatliche Vorgaben machen es für die Industrie leichter, sich auf Anforderungen einzustellen. Dort, wo wir in Standards hinter vergleichbaren Märkten in Asien oder Nordamerika hinterherhinken, sollte sich Europa dazu verpflichten diese höheren Standards einzuführen. Wir sind davon überzeugt, dass die daraus folgenden technologischen Innovationen zu Markt Vorteilen werden.

Doch auch in der Industriepolitik wollen wir über den bisherigen grünen Tellerrand schauen und neue Technologien fördern, die über den engeren Umweltbereich hinausgehen. In der aktuellen Krise von EADS zeigen sich die Schwächen einer staatlich fördernden Industriepolitik, die einerseits großzügige Standortförderung, Forschungsmittel und Kreditlinien zur Verfügung stellt, andererseits aber im Krisenfall wenige direkte Einflussmöglichkeiten eröffnet. Es war ein Erfolg der europäischen Industriepolitik, mit Airbus einen globalen Luftfahrtkonzern entstehen zu lassen, der für mehr Wettbewerb auf

dem Markt großer Verkehrsflugzeuge gesorgt hat. Scheitert Airbus mit dem A380 oder mit neuen Modellen im darunter angesiedelten Segment, würde das einem Abstieg des Konzerns von der Championsleague in die Regionalliga gleichkommen. Die Europäer, vor allem Frankreich und Deutschland, müssen deshalb dazu beitragen, dies zu verhindern. Statt den Staatsanteil an dem Unternehmen zu erhöhen, halten wir es für sachdienlicher, das Außenwirtschaftsgesetz zu präzisieren, um so größere Veränderungen in der Anteilseignerstruktur wegen der Industrie- und sicherheitspolitischen Bedeutung unter Genehmigungsvorbehalt durch die Bundesregierung zu stellen. Damit durch eine industriepolitische Strategie mehr Wettbewerb entstehen kann, müssen die Möglichkeiten und Erfolgsaussichten sorgfältig geprüft und an Bedingungen zum Standorterhalt geknüpft werden. Auch die Rückzahlung staatlicher Fördermittel im Erfolgsfalle gehört zu dieser Konzeption.

5.5. Bürokratie abbauen

1550

Die Bürokratielast betrifft in unserem Land insbesondere den Mittelstand. Das Institut für Mittelstandsforschung hat in seiner Studie aus 2004 eine jährliche Gesamtbelastung durch Bürokratie von 46 Milliarden € für deutsche Unternehmen errechnet. Davon entfielen fast 84 Prozent der Bürokratiekosten auf kleine und mittlere Unternehmen. Das Bundeswirtschaftsministerium geht davon aus, dass kleine und mittlere Unternehmen derzeit etwa 4 bis 6 Prozent ihres Umsatzes für staatlich veranlasste Verwaltungskosten ausgeben. Das muss sich ändern.

Bürokratieabbau ist seit geraumer Zeit Ziel der Regierungen unterschiedlicher Couleur auf allen staatlichen Ebenen. Zugleich klagen die BürgerInnen und Unternehmen über die Zunahme bürokratischer Regelungen. Wir halten klare Regeln für sinnvoll. Es ist staatliche Aufgabe, mit Hilfe von Gesetzen und Verordnungen das Gemeinwesen aufrecht zu erhalten. Im Vergleich zu den zur Gesetzesvermeidung eingegangenen Selbstverpflichtungen der Industrie geben viele staatliche Regelungen auf einfache Weise Planungssicherheit und setzen faire Spielregeln. Wir wollen hohe soziale und ökologische Standards verteidigen, indem wir in allen Bereichen nach zu bürokratischen oder zur Erreichung der Ziele unangemessenen Regelungen suchen. Da das Parlament Gesetzgeber und nicht Gesetzentgegengerneher ist, sollte nach dem Vorbild des Haushaltsausschusses, dessen Aufgabe es ist, über den Interessen der Fachpolitikern stehend den Gesamtetat im Blick zu haben, ein Ausschuss für Bürokratieabbau eingerichtet werden, indem Regulierung optimiert und gegebenenfalls verworfen werden soll. Wir haben eine Reihe konkreter Vorschläge für Bürokratieabbau in den Bundestag eingebracht und werden weitere erarbeiten.

1575

Wir wollen die Generalunternehmerhaftung für die Sozialversicherungsbeiträge der Subunternehmer im Baubereich abschaffen. Fax-Rechnungen und digitale Sammelrechnungen sollen durch die Finanzämter ohne den Nachweis der digitalen Signatur anerkannt werden. Statistikpflichten sollen auf das absolut Notwendige begrenzt werden. Die Erlaubnispflicht für Gaststätten soll ebenso abgeschafft werden wie weitestgehend der Meisterzwang in der Handwerksordnung. Die Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter, die innerhalb von einem Jahr abgeschrieben werden können, soll auf 800 € angehoben werden und das Vergaberecht soll vereinfacht werden.

5.6. Unternehmenssteuerreform für die Kleinen

Die große Koalition plant mit der Begründung mangelnder internationaler Wettbewerbsfähigkeit eine Absenkung der Steuersätze für Kapitalgesellschaften auf 29 Prozent. Eine durchgreifende Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, um die Steuersatzsenkung bei den Großunternehmen selbst zu finanzieren, wird aus den Reihen der großen Koalition aber torpediert. Stattdessen werden jetzt Maßnahmen geplant, die auch für kleine und mittlere Unternehmen schmerzhaft Einschnitte bedeuten. Die geplante Einführung einer Grundsteuer C und die Streichung der gerade erst wieder eingeführten, erhöhten degressiven Abschreibungsmöglichkeit werden die kleinen und mittleren Unternehmen mit voller Wucht treffen. Die kleineren Unternehmen zahlen durch Wegfall der Gestaltungsmöglichkeiten die Steuergeschenke für große international aufgestellte Kapitalgesellschaften.

Wir wollen in erster Linie ein einfaches und transparentes Steuersystem schaffen. Außerdem wollen wir kleine und mittlere Unternehmen zielgenau entlasten. Deshalb soll die Gewerbesteuer zukünftig in voller Höhe pauschal die Einkommensteuerschuld mindern. Die Gewerbesteuer soll darüber hinaus zeitlich begrenzt vor und zurück getragen werden, also die Einkommensteuerschuld der zurückliegenden bzw. nachfolgenden Jahre in begrenztem Umfang mindern können. Damit gewährleisten wir die vollständige pauschale Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuerschuld. Eine Aufkommensneutralität zwischen den einzelnen staatlichen Ebenen setzen wir hierbei voraus.

1600

Wir wollen Steuervergünstigungen stärker und unmittelbarer an der Sicherung von Beschäftigung und der Schaffung von Arbeitsplätzen orientieren. Wir wollen für kleine und mittlere Unternehmen eine steuerfreie Gewinnrücklage für künftige Beschäftigung analog zur Ansparabschreibung, die eine steuerfreie Gewinnrücklage für zukünftige Sachinvestitionen ist. Für jeden sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer sollen pro Jahr 10.000 € steuerfrei in eine Gewinnrücklage eingestellt werden können. Bei Beschäftigungsabbau muss die Rücklage entsprechend aufgelöst werden. Die Gesamthöhe der Rücklage sollte 250.000 € nicht übersteigen. Damit erweitern wir den Handlungsspielraum für mehr Beschäftigung. Mittelständische Personengesellschaften sollen ein Wahlrecht bekommen, damit sie sich wie Kapitalgesellschaften besteuern lassen und so von den abgesenkten Unternehmenssteuersätzen profitieren können. Wir wollen die Privilegierung des Fremdkapitals beenden, durch eine volle Hinzurechnung der Zinsen und der Zinsanteile von Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzgebühren zur Gewerbesteuer. Damit fielen ungerechtfertigte Steuervorteile für Kredite weg und es wäre unattraktiver, Gewinne ins Ausland zu verlagern.

Damit auch bei einzelnen Unternehmen keine Substanzbesteuerung eintritt, wollen wir einen einheitlichen und ausreichend hohen Freibetrag für alle Unternehmen einführen, der eine Besteuerung der Unternehmen nach ihrer Leistungsfähigkeit sichert. KMUs sollen so bei der Hinzurechnung von Zinsen grundsätzlich außen vor bleiben. Denn es darf nicht passieren, dass die Steuersparstrategien der DAX-Unternehmen auf Kosten der Kleinen eingedämmt werden.